

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 30.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 26. Juli 1913.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Aken, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Beleg-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

15. Jahrg.

Das sozialdemokratische Verbrechen an der Krefelder Arbeiterschaft.

Das ist der Fluch der bösen Tat,
Daß sie fortzuehend Böses muß gebären.
IV.

Der Abbruch des Kampfes mußte den Färbern völlig unerwartet kommen. Das offizielle Organ des Verbandes und die sozialdemokratische „Volkstribüne“ hatten bis zu den letzten Tagen des Kampfes hin noch von „günstigen Ausblicken“, von einer „glänzenden Konjunktur“, von dem „treuen, unerschütterlichen Zusammenhalten der Färber“ geschrieben. Darum ahnte kein Färber, daß der Abbruch des Kampfes unmittelbar bevorstand. Sie waren über die Pläne und Absichten der Verbandsleitung vollständig im Unklaren gelassen worden. Auch das Organ der sozialdemokratischen Textilarbeitergewerkschaft der Schweiz spricht von einem „überraschend schnellen“ Abbruch des Krefelder Kampfes, der auch den Färberstreiks in der Schweiz den letzten Stoß gegeben habe. Also nicht einmal der schweizerische Verband, der aus Solidarität mit den Krefelder Genossen seine Färber zum Streik veranlaßt hatte, ist von der Leitung des „deutschen“ Verbandes in ihre Absichten eingeweiht worden. Das ist eher alles andere als ein aufrichtiges und solidarisches Verhalten.

Der Abbruch des Krefelder Kampfes

Selbst wirkt ein grelles Schlaglicht auf die Streiktaktik des „deutschen“ Verbandes. In einer Versammlung der streikenden Färber am 19. Juni machte der Zentralvorsitzende Hübsch die überraschende Mitteilung, daß sich der Verband — jedenfalls hinter dem Rücken der Färber — an den Gewerberat Heierling um Vermittlung gewandt habe. Dieser habe dem Antrage entsprochen, jedoch vom Arbeitgeberverbande eine abschlägige Antwort erhalten. Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes der rheinischen Seidenindustrie habe beschlossen, jede Vermittlung abzulehnen. Zunächst aus dem Grunde,

„weil ein großer Teil der früheren Arbeiter die Arbeit in den bestreikten Färbereien schon wieder aufgenommen und den von den Unternehmern vorgeschlagenen Tarif anerkannt hat. Und zweitens, weil nichts zu vermitteln ist. Die Arbeitgeber sind in ihren Zugeständnissen, die an Lohn und Arbeitszeitverkürzung 7 Prozent betragen und an die sie sich auch weiterhin für gebunden erachten wollen, bis an die Grenze des Möglichen gegangen und können heute keine weiteren Zugeständnisse machen.“

Das war eine glatte Absage des Arbeitgeberverbandes. Aber die Leitung des „deutschen“ Verbandes sah dennoch darin eine Grundlage, auf der der Abbruch des Kampfes möglich sei. Hübsch meinte, die Unternehmer hielten sich an den Zugeständnissen gebunden, darum ließe sich über eine Beendigung des Streiks reden. Als ob die Färber 17 Wochen gestreikt hätten, um die Aufrechterhaltung der nach dreitägiger Streikdauer gewonnenen Bedingungen zu erzielen! Ferner sagte er, die — Weltlage sei einem Abbruch des Kampfes günstig. Die internationale Lage, die Lage des Arbeitsmarktes und die zur Zeit herrschende Konjunktur hätten den Vorstand des Verbandes veranlaßt, den Streikenden den Abbruch des Kampfes nahezu legen. Es sei jetzt eine günstige Zeit für die Wiederaufnahme der Arbeit. Mit ganz genau derselben Begründung verteidigte der „Textilarbeiter“ am 13. und 20. Juni die Weiterführung des Kampfes. Nach ihm und nach der „Volkstribüne“ garantierten die günstige Geschäftslage, die Lage des Arbeitsmarktes, das treue Zusammenhalten der Färber und endlich die Uneinigkeit und das „maßlose Entsetzen“ im Unternehmerlager den Färbern einen baldigen Sieg. Das ist wirklich der Gipfel einer verlogenen und betrügerischen Streiktaktik.

In der genannten Versammlung wurde zu einer geheimen Abstimmung getrieben, die folgendes Resultat zeitigte: 903 stimmten für die Weiterführung des Kampfes, 219 für Arbeitsaufnahme und 500 enthielten sich der Abstimmung. Damit war das Schicksal des Streiks besiegelt. Obwohl Herr Hübsch erklärte, daß der Vorstand seines Verbandes sich diesem Beschlusse ohne weiteres fügen werde, veranlaßte er dennoch eine zweite Abstimmung und zwar darüber, daß die Ausschüsse mit den Arbeitgebern in Verbindung treten sollten, um diese zu der Erklärung zu bewegen, daß alle Streikenden binnen acht oder vierzehn Tagen wieder eingestellt würden. Dieser Beschlus Antrag wurde von einigen pfiffigen Rednern dahin erläutert, die Unternehmer sollten nur bekunden, keine Maßregelungen vornehmen zu wollen. Der Beschluß kam mit allen gegen eine Stimme zustande. Damit war der Kampf so gut wie zusammengebrochen. Zu allem Ueberflus, und um die Färbereiarbeitererschaft auseinanderzureißen, betonte man noch, daß diejenigen nicht als Streikbrecher angesehen würden, die sofort die Arbeit aufnahmen.

Um das Werk zu vollenden,

setzte nunmehr eine fürnliche Totengräberarbeit ein.

Während der ganzen Dauer des Kampfes hatte man die streikenden Färber fast allmähentlich zu großen Versammlungen zusammengerufen, um durch die Massenstimmung die Leute warm zu halten und auch die Zweifelnden und Schwankenden wieder aufzurichten und mitzureißen. Jetzt aber wurde die umgekehrte Taktik eingeschlagen. Mit Hilfe einzelner Belegschaftsversammlungen versuchte man, den Kampf zu desorganisieren, den Färbern den letzten Rest von Kampfesmut zu nehmen und sie uneins und verwirrt zu machen. Das Spiel glückte vorzüglich. Als die Färber am Samstag, den 21. Juni, wiederum zu einer Versammlung gerufen wurden, da geschah es nicht mehr, damit der eine sich an dem andern stütze und hochhalte, sondern damit der eine den anderen niederdrücke; da sollte die Massenstimmung das Grab der Bewegung werden. In den Färbereien loderte nichts mehr von dem früheren Kampfesfeuer, von dem Mut und der Fähigkeit, wovon sie angeblich immer befeelt gewesen sein sollen; sie kamen vollständig mutlos und gebrochen, unfähig, den Kampf weiterzuführen. Es war nicht schwer, einen Beschluß zustande zu bringen, wonach zunächst die Arbeit dort wieder aufgenommen werden sollte, wo sie wieder aufgenommen werden könne. Alle noch vorläufig draußen Bleibende sollten für die Dauer dieser Zeit eine erhöhte Streikunterstützung erhalten. Zwar soll der Gewerberat versichert haben, daß keine Maßregelungen stattfinden würden, jedoch behielten sich die Färbereibesitzer ausdrücklich vor, die Arbeiter nach Bedarf wieder einzustellen.

Dann zogen die Herren von der Leitung des Verbandes „deutscher“ Textilarbeiter heim. Sie hatten ihre Aufgabe gelöst. Der Kampf war beendet. Zahlreiche Opfer bedeckten das Schlachtfeld.

Einige Tage darauf brachen auch die Solidaritätsstreiks in Basel, Zürich, Thalwil usw. zusammen. Die Niederlage war auf der ganzen Linie vollständig.

Die „Soziale Praxis“, der man sicher nicht nachsagen kann, daß sie es mit den Arbeitern nicht gut meine oder daß sie gerne Partei für die eine oder andere Organisationsrichtung, speziell für die christlichen Gewerkschaften, nehme, redet von

einer „furchtbaren Niederlage der Arbeiter“.

Es wäre klüger gewesen, meint sie, den kostspieligen Kampf rechtzeitig abzubringen und die weitgehenden Zugeständnisse der Unternehmer anzunehmen, ohne einer Taube auf dem Dache nachzujagen.

Und die linksliberale „Frankfurter Zeitung“, der man eher das Gegenteil als Freundschaft zu den christlichen Berufsorganisationen vorwerfen kann, schreibt, daß der „deutsche“ Textilarbeiterverband in Krefeld eine vollständige Niederlage erlitten habe.

Tatsächlich ist die Niederlage des „deutschen“ Verbandes vollständig und zwar sowohl in moralischer als auch in materieller Beziehung. Moralisch hat er eine gründliche Demütigung erfahren gegenüber allen Denjenigen, die in diesem Kampfe gegen seine Taktik Stellung nahmen. Darum ist es auch geradezu unbegreiflich, daß der „Textilarbeiter“ gerade aus diesem Kampfe einen großen moralischen Erfolg ziehen will. Gewiß, es können materielle Niederlagen geben, die für die gewerkschaftliche Arbeiterschaft einen moralischen Gewinn bedeuten. Wenn die Arbeiterschaft einen Kampf führen muß gegen ein prozenhaftes Unternehmertum, das sich auf den schroff ablehnenden Standpunkt stellt und immer wieder den Herrn im Hause herauskehrt und diesen Kampf ohne einen direkten materiellen Gewinn schließlich abbricht, um sich nicht zu verbluten und um die Organisation schlagfertig zu erhalten, dann ist ein solcher Rückzug für die Arbeiter durchaus nichts Demütigendes. Solche Kämpfe müssen leider oftmals geführt werden, um der gewerkschaftlichen Arbeiterschaft gegenüber dem Unternehmertum für die Zukunft mehr Luft zu machen und ihr den Weg zu bahnen. Aber alle diese Voraussetzungen trafen doch im Krefelder Kampfe durchaus nicht zu, und darum ist es ganz unangebracht, von einem moralischen Erfolge der Färber zu reden.

Was die Arbeiter materiell verloren haben,

ist bereits in einem früheren Artikel angeführt worden. Die sozialdemokratische Presse entriestet sich darüber, daß wir wiederholt eine Aufrechnung über die geldlichen Verluste aufmachen. Mit Unrecht. Gewiß dürfen die geldlichen Verluste nicht immer als Wertmesser für die Berechtigung und Zweckmäßigkeit eines Kampfes angeführt werden, und es liegt uns durchaus fern, die finanziellen Opfer als nicht wieder einzubringende Verluste zu buchen. Aber darauf kommt es doch hier gar nicht an. Die Kardinalfrage ist die, daß all die ungeheuren Opfer nicht nötig gewesen wären, daß es gewerkschaftlich unberechtigt und unverantwortlich war, diese Opfer zu wagen, nachdem die Färber einen schönen Erfolg erzielt hatten. Das ist des Pudels Kern. — Nun stellt es die Leitung des „deutschen“ Verbandes als einen Erfolg hin, daß die Färber nicht mehr tariflich gebunden seien und zu jeder Zeit erneut in eine Lohnbewegung eintreten könnten. In einem Flugblatt des „deutschen“ Verbandes wird ausdrücklich auf diesen „Erfolg“ hingewiesen. Mit dieser Behauptung begeht der „deutsche“ Verband eine neue Unehrlichkeit, die den Arbeitern schließlich sehr teuer zu stehen kommen kann. Es ist nicht wahr, daß die Färber nunmehr tariflich frei sind. Jeder Färber, der wieder eingestellt wird, muß sein Einverständnis mit dem Tarif unterschrieben bestätigen. Die Färber sind also einzeln wohl gebunden. Der „deutsche“ Verband fordert die Färber direkt zum Kontraktbruch auf, wenn er sagt, sie hätten vollständig freie Hand in bezug auf neue Lohnbewegungen. In dieser Taktik liegt wiederum ein Verrat an den Interessen der Färber. Wir gehen aller Voraussicht nach einer Wirtschaftskrise entgegen. Wie nun, wenn bei Zeiten schlechter Konjunktur die Unternehmer sich ebenfalls auf den Standpunkt der Tariffreiheit stellen und auf der ganzen Linie mit Lohnkürzungen vorgehen würden?

Der „deutsche“ Verband sollte mit solchen schlechten Mitteln umso weniger operieren, als er durch sein Verhalten das

gute Organisationsverhältnis in den Färbereien zertrümmert hat.

Ein großer Teil der von den sozialdemokratischen Führern elend betrogenen Färber hat das Vertrauen zum „deutschen“ Verbande und zur gewerkschaftlichen Organisation überhaupt verloren. Der sozialdemokratische Verband hat ferner den Boden für die Gelben vorbereitet. Rote Saat, gelbe Frucht. Heute wird in den Krefelder Färbereien systematisch an der Einführung der gelben Organisation gearbeitet und leider mit größerem Erfolg, als es der Arbeitersache förderlich ist. Viele bisher im sozialdemokratischen Verbands organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen haben sich einer „gelben“ Vereinigung angeschlossen. Das ist auch ein „Erfolg“ der roten Streikaktive.

Um dem sozialdemokratischen Textilarbeiterverbände die Aktionsfähigkeit in den Färbereien nach Möglichkeit zu erschweren und namentlich einen längeren Streik zu verhindern, schließen die Arbeitgeber ferner mit mehreren sozialdemokratisch organisierten, für den Farbprozess besonders schwer entbehrlichen Arbeitern langfristige Kontrakte ab. Eine Warnung des „Textilarbeiters“ vor dem Abschluß solcher Kontrakte hat wenig gefruchtet; die Leute waren froh, überhaupt wieder eingestellt zu werden.

Uebrigens ist es ja fraglich, ob dieselben Leute, die 17 Wochen lang unter großen materiellen und persönlichen Opfern einen Kampf durchhielten und dann noch eine fürchterliche Niederlage erlitten, zum zweiten Mal für eine ernstere Bewegung und schließlich für einen Kampf zu gewinnen sind.

Zu dieser Frage liegt unzweifelhaft ein Grund mit für das Verhalten des sozialdemokratischen Verbandes. Man wollte weniger den Unternehmern die Aussperrungslust, sondern den radikalen Färbereien, die ihrer Verbandsleitung wiederholt große Schwierigkeiten gemacht haben, die Streiklust einmal gründlich austreiben. Das ist dem „deutschen“ Verbande denn auch wohl gelungen.

In weiten Kreisen der Krefelder Textilarbeiter-schaft hat infolge der sozialdemokratischen Politik das Vertrauen zur gewerkschaftlichen Sache einen argen Stoß erlitten. Eine Hoffnung liegt in dem Gedanken, daß auch in dieser Beziehung die Zeit manche Wunden heilt. Hier erwacht unseren Krefelder Kollegen eine wichtige Aufgabe. Wenn sie mit Vorsicht und Klugheit, aber auch mit unermüdlicher Ausdauer zu Werke gehen, dann wird es ihnen gelingen, das geschwundene Vertrauen der Färber zur gewerkschaftlichen Berufsorganisation und ihren vollständig zusammengebrochenen Glauben an den Erfolg der gewerkschaftlichen Sache wieder zu erwecken und den Schaden wieder gut zu machen, den die „deutsche“ Verbandsleitung freventlich angerichtet hat. Die Arbeit ist gewiß mühsam, aber sie muß im Interesse der Sache der Gewerkschaften und der betörten Krefelder Färber geleistet werden. Je schwerer die Arbeit, desto herrlicher der endliche Erfolg.

Die Aussperrung in der Bocholter Textilindustrie

nimmt ihren Fortgang. Die Fabrikantenvereinigung will keinen ehrlichen und für beide Teile ehrenden Frieden mit den Arbeitern. Sie will anscheinend eine Demütigung unseres Verbandes und der Arbeiter. Das wird ihr nicht gelingen. Lieber eine ehrenvolle Niederlage als ein schmachtvoller Friede.

Wir haben in der vorigen Nummer dieser Zeitung die Einigungsversuche mitgeteilt, die auf Beschluß einer Versammlung der Arbeiterausschüsse dem Bürgermeister zur Weitergabe an die Fabrikantenvereinigung übergeben worden waren. Ungefähr um die gleiche Zeit hatte sich auch der „Ausschuß für Gewerbe- und Handelsförderung“ zwecks Vermittlung an den Bürgermeister gewandt und auch seine seitdem eingereichten Vermittlungsvorschläge eingereicht. Die Fabrikantenvereinigung hat in ihrer Sitzung vom 12. Juli sowohl die Vorschläge der Arbeiterausschüsse als auch des Gewerbeausschusses abgelehnt und folgenden Beschluß gefaßt:

„Nach Wiederaufnahme der Arbeit wird die Fabrikantenvereinigung die Löhne in der Weise regeln, daß sie diejenigen Lohnsätze, die zu niedrig sind, nach Rücksprache mit den Arbeiterausschüssen bzw. den Arbeitern der einzelnen Betriebe erhöht.“

Da die Fabrikantenvereinigung sich früher in der Lohnfrage nur bereit erklärt hatte, die Löhne zu „regulieren“, bedeutet dieser Beschluß ein Entgegenkommen, wenn auch eine prozentual ungenügende Lohnerhöhung nicht zugesagt ist, wie es die Arbeiter-schaft wünschte. Durch diesen Beschluß hat aber die Fabrikantenvereinigung nur zu der Lohnfrage Stellung genommen. Eine Stellungnahme zu den früheren Zugeständnissen, die dem Regierungsrat Pirsch angeboten wurden, ist damit nicht erfolgt. Die früheren Zugeständnisse betreffen den Zeitspendenbeitrag, Vergütung für Warten auf Material, Gewichtsentlohnung u. a. Wenn auch die Lohnfrage als die wichtigste Frage von der Arbeiterschaft betrachtet wird, so sind doch auch die früheren Zugeständnisse von wesentlicher Bedeutung.

Allgemein wurde es als selbstverständlich angenommen, daß die früheren Zugeständnisse aufrecht erhalten blieben. Diese Meinung teilte auch der Herr Bürgermeister, der sich um eine Einigung sehr bemühte. Die Arbeiter wünschten aber Klarheit. Am 14. Juli richtete daher der Bürgermeister ein Schreiben an beide Parteien. Das Schreiben an den christlichen Textilarbeiterverband lautet: „An den Zentralverband christl. Textilarbeiter Deutschlands V. Verbandsbezirk Bocholt-Gronau, Bocholt.“

Auf Ihre Eingabe vom 10. ds. Mts., die ich an die Fabrikantenvereinigung weitergab, ist folgende Antwort eingegangen:

Auf das gest. gestrige Schreiben erwidern wir höflichst, daß die Generalversammlung der Fabrikantenvereinigung gestern unter Ablehnung der von Ihnen übermittelten Vorschläge folgenden Beschluß gefaßt hat:

„Nach Wiederaufnahme der Arbeit wird die Fabrikantenvereinigung die Löhne in der Weise regeln, daß sie diejenigen Lohnsätze, die zu niedrig sind, nach Rücksprache mit den Arbeiterausschüssen bzw. den Arbeitern der einzelnen Betriebe erhöht.“

Ich habe heute das beiliegende Schreiben an die Fabrikantenvereinigung gerichtet.

Ich ersuche mir die Zustimmung zu dem Vorschlage der Fabrikantenvereinigung und meine Zusatzerklärungen bald gest. erteilen zu wollen.“

Das Schreiben an die Fabrikantenvereinigung hat folgenden Wortlaut:

„An die verehrliche Fabrikantenvereinigung, hier.“

Der mir übersandten Beschluß der Fabrikantenvereinigung habe ich mit einzelnen Mitgliedern des Ausschusses für Gewerbe- und Handelsförderung, der Leitung der Textilarbeitergewerkschaft mitgeteilt. Im Anschluß daran habe ich den Gewerkschaftssekretären in der Annahme ihres Einverständnisses die Versicherung gegeben, daß die Fabrikantenvereinigung die Konzeptionen aufrecht erhält, die sie durch Herrn Regierungsrat Pirsch angeboten hat:

1. Die Gewichtsentlohnung kommt in Fortfall. In den Arbeitsräumen werden Lohnlisten ausgehängt. Bezahlung nach Grundlohn wird angestrebt. Bis zum 15. September cr. soll möglichst eine einheitliche Entlohnungsgrundlage geschaffen werden.
2. Warten auf Material wird ab 1. August cr. vom ersten halben Tage an vergütet und zwar: Für schmale Stühle (bis 100 cm.) pro Stuhl und Stunde 3 Pfg. Für breite Stühle (über 100 cm.) pro Stuhl und Stunde 12 Pfg. Wo bereits eine höhere Vergütung gewährt wurde, soll diese auch in Zukunft bestehen bleiben. Für Warten auf Material in den Spinnereien soll ebenfalls eine Vergütung gewährt werden. Die Höhe richtet sich nach den jeweiligen Verhältnissen und wird noch eine bestimmtere Regelung erfahren.
3. Es wird bis zum 1. August ds. Jrs. entweder die wöchentliche Lohnzahlung eingeführt, oder in der einen Woche eine feste Abschlagssumme vom verdienten Lohn ausbezahlt.
4. Für Ueberstunden werden 10 Pfg. pro Stunde extra bezahlt.
5. Die zehnstündige Arbeitszeit wird in allen Betrieben eingeführt.

Des weiteren wird angenommen, daß Maßregelungen der Arbeiter nicht stattfinden und alle Arbeiter wieder eingestellt werden.

Erfolgt bei der Lohnregelung in den einzelnen Betrieben bis zum 15. September ds. Jrs. keine Verständigung, so soll die dafür einzusetzende Kommission der Fabrikantenvereinigung eine Entscheidung treffen.

Ich bitte mir die Zustimmung zu diesen Erklärungen baldmöglichst erteilen zu wollen.“

Aber diese Zustimmung erfolgte nicht. Am 16. Juli, also zwei Tage später, konnte der Herr Bürgermeister lediglich erklären, daß es seine feste Ueberzeugung sei, die Fabrikantenvereinigung würde die früheren Zugeständnisse aufrecht erhalten. Eine von der Fabrikantenvereinigung autorisierte Erklärung konnte der Herr Bürgermeister jedoch nicht abgeben. Die bloße Versicherung des Herrn Bürgermeisters aber, daß es seine feste Ueberzeugung sei, die Fabrikanten würden die in dem Briefe angeführten früheren Zugeständnisse aufrecht erhalten, konnte für unseren Verband unmöglich genügen, um den Arbeitern die Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen. Das Verhalten der Arbeitgeber hatte ohnehin das Vertrauen der Arbeiter zu ihnen sehr erschüttert. Um aber der Fabrikantenvereinigung Gelegenheit zu geben, sich zu erklären, gab Kollege Schiffer in einer Sitzung auf dem Bürgermeisteramt am 16. Juli, an der außer Schiffer und dem Bürgermeister zwei Stadtverordnete als Vertreter des Ausschusses für Gewerbe- und Handelsförderung, ferner von unserem Verband die Kollegen Heutmann-Düffelhorf und Otto und Heide-Bocholt, auch mehrere Vertreter der Arbeiterausschüsse teilnahmen, folgendes zu Protokoll:

„Der Zentralverband christlicher Textilarbeiter erklärt seine Zustimmung zu dem Inhalt des am 14. Juli cr. durch Herrn Bürgermeister Besemann an die Fabrikantenvereinigung gerichteten Schreibens und ist bereit, der Arbeiterschaft die Wiederaufnahme der Arbeit nachdrücklich zu empfehlen, nachdem die Fabrikantenvereinigung auch ihre Zustimmung zu dem Schreiben des Herrn Bürgermeisters erklärt hat.“

Am gleichen Tage war auch eine Versammlung der Arbeiterausschüsse. Kollege Otto konnte am anderen Tage dem Herrn Bürgermeister folgendes als das Ergebnis der Arbeitersichtungs-sitzung mitteilen:

„Die gestrige Sitzung der gesamten Arbeitersichtungs-schüsse hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Arbeit sofort wieder aufgenommen werden kann, sobald die Fabrikantenvereinigung in irgend einer Form: mündlich oder schriftlich der Arbeiterschaft oder dem Bürgermeister gegenüber die Zusicherung erteilt, daß die — abgesehen von der Lohnfrage

— früher gemachten Versprechungen aufrecht erhalten werden. Von einer offiziellen Beschlußfassung ist zur Zeit noch abgesehen worden, da die Zusicherung der Fabrikantenvereinigung noch fehlte.“

Diese Mitteilung wurde der Fabrikantenvereinigung sofort schriftlich übermittelt. Am Abend desselben Tages fand die Generalversammlung der Fabrikantenvereinigung statt. Der Beschluß lautet dahin, daß die Fabrikantenvereinigung in der Empfehlung zur Wiederaufnahme der Arbeit eine ausreichende Gewähr für die wirkliche Wiederaufnahme der Arbeit nicht zu finden vermöge. Sie halte daran fest, daß sie über weitere Zugeständnisse nur dann beraten und beschließen werde, wenn noch im Laufe dieser Woche die Arbeit in allen Betrieben in dem Umfange wieder aufgenommen wird, daß eine regelrechte Produktion möglich ist.“ Auch nur unter den Bedingungen halte sie sich an ihrem Beschluß vom 12. Juli gebunden. Die Arbeiter sollten also zunächst im Laufe der betreffenden Woche die Arbeit wieder aufnehmen, dann erst würde die Fabrikantenvereinigung beraten und beschließen darüber, ob die in dem obigen Briefe erwähnten früheren Zugeständnisse aufrecht erhalten bleiben sollten. Das war eine für die Arbeiter demütigende Zumutung. Am Freitag, den 18. Juli, fand eine Versammlung der Arbeiterausschüsse statt, um zu dem Beschluß des Unternehmerverbandes Stellung zu nehmen. Der Bürgermeister selbst war in die Versammlung gekommen, um die Arbeiter zur Annahme der Bedingungen der Fabrikantenvereinigung zu bewegen. Wir rechnen dem Herrn Bürgermeister diese Tat hoch an. Er hat sich wirklich nach besten Kräften um einen für beide Teile ehrenden Frieden bemüht. Nicht nur unser Verband, sondern auch die Arbeiter werden dem Bürgermeister dafür Dank wissen, wenn auch seine ehrlichen Bemühungen den gewünschten Erfolg nicht hatten. Auch die Arbeiterausschüsse vermochten dem Wunsche des Bürgermeisters nicht statt zu geben. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung der Arbeiterausschüsse hiesiger Textilbetriebe nimmt mit Befremden Kenntnis von dem gestrigen Beschluß der Fabrikantenvereinigung. Sie bedauert, daß die Fabrikantenvereinigung die Erklärung des Verbandsvorsitzenden Schiffer nicht als hinreichende Gewähr für die tatsächliche Wiederaufnahme der Arbeit betrachtet hat. Die Arbeiterausschüsse erklären deshalb ihrerseits einstimmig: Die Arbeit wird allgemein wieder aufgenommen, wenn die Fabrikantenvereinigung erklärt, daß sie, abgesehen von der Lohnfrage, die durch den Beschluß der Fabrikantenvereinigung vom 12. Juli cr. ihre Erledigung gefunden hat, auch ihre früheren Zugeständnisse an Herrn Regierungsrat Pirsch aufrecht erhält. Sobald diese Erklärung der Fabrikantenvereinigung vorliegt, wird für schnellste Wiederaufnahme der Arbeit Sorge getragen.“

Am anderen Tage fand eine Mitgliederversammlung unseres Verbandes statt.

Obwohl den Kolleginnen und Kollegen die Folgen eines Beschlusses, weiter zu streiken, klar und deutlich vor Augen geführt wurden, erklärte sich die Versammlung in geheimer Abstimmung mit 1920 Stimmen gegen eine sofortige Wiederaufnahme der Arbeit unter den momentan durch den Beschluß der Fabrikantenvereinigung vom 17. Juli gegebenen Verhältnissen. 51 Stimmen waren für die Aufnahme der Arbeit, während 5 sich der Stimme enthielten und 3 Stimzettel ungültig waren.

Die Versammlung nahm weiterhin einstimmig folgende Resolution an:

„Die heutige Mitgliederversammlung der hiesigen Ortsgruppe des christlichen Textilarbeiterverbandes stellt sich voll und ganz auf den Boden der Resolution, die gestern in der Versammlung der Arbeiterausschüsse einstimmig angenommen worden ist. Diese Resolution macht die Versammlung hiermit zu der Ihrigen.“

Die Versammlung spricht den Wunsch aus, die Fabrikantenvereinigung möge baldmöglichst die Zusicherung geben, daß sie ihre früheren Zugeständnisse aufrecht erhält.“

Die Fabrikantenvereinigung braucht also nur zu erklären, daß sie die früher gemachten Zugeständnisse aufrecht erhalten und will der Friede ist wieder eingelehrt. Kann sie sich dazu nicht entschließen, dann werden die Arbeiter den Kampf mit größerer Schärfe weiter führen.

Hirsch-Duncker'sche Kampfesweise.

In der vorigen Nummer unseres Organs haben wir uns bereits mit dem Hirsch-Duncker'schen Textilarbeiterverbänden befaßt und unter anderen auch dessen unsatire Haltung im Krefelder Färberstreit gekennzeichnet. Mittlerweile sind uns die von dem genannten Verbänden neuerdings herausgegebenen „Mitteilungen“ für die Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner“ in die Hände gekommen. Diese „Mitteilungen“ sollen die letztgenannten Funktionäre des Verbändchens „mit einwandfreiem Material“ versorgen, um sie zu befähigen, den Angriffen auf die H.-D. Gewerbevereine „wirksam entgegenzutreten“ und die Masse „aufzuklären“ zu können. Das in den „Mitteilungen“ vollständig systemlos zusammengestoppelte „Material“ enthält nun unter anderem auch eine Reihe von Angriffen auf die christlichen Gewerkschaften. Was gegen diese vorgebracht wird, ist recht bezeichnend für die Gewissenlosigkeit der Hirsch-Duncker'schen Agitationsweise. Da werden längst widerlegte und als Lügen gebrandmarkte Behauptungen mit der größten Seelenruhe

wieder als einwandfreie Tatsachen aufgeführt. Betrachten wir uns dieses „Tatsachenmaterial“ einmal etwas näher.

Zunächst wird die letzte Bergarbeiterbewegung im Saargebiet erwähnt. Da sollen die christlichen Führer, vor allem Stegerwald und Jmbusch, die Leidenschaften aufs höchste gesteigert, zur Siedehitze gebracht und dann plötzlich, ohne befriedigende Zugeständnisse, zum Rückzug geblasen haben.

Es gehört eine große Unberschämtheit dazu, heute noch, wo doch die Erfolge dieser Bewegung klar ersichtlich sind, eine derartige Darstellung der Dinge zu geben. Der Verlauf der Bewegung und deren Ergebnisse sind ein Beweis dafür, daß es dem Gewerksverein christlicher Bergarbeiter nicht um einen agitatorischen Bluff, sondern um die Verbesserung der Lage der Bergarbeiter zu tun war.

Dem christlichen Metallarbeiterverband wird vorgeworfen, er habe bei einem bei der Firma Konzelet in Hilden ausgebrochenen Streik Arbeitswillige vermittelt. Mit keinem Wort wird aber erwähnt, daß der Streik vom roten Metallarbeiterverband lediglich deswegen inszeniert worden war, um christlich organisierte Arbeiter brotlos zu machen.

Das schönste aber ist die Wiederholung der von der linksliberalen „Berliner Volksztg.“ vor einigen Monaten gebrachten „furchtbaren Enthüllung.“ Darnach sollen die christlichen Gewerkschaftsführer Giesberts, Schiffer, Effert, Jmbusch und Genossen sich „für das Unternehmertum und gegen jeden Streik der Bergleute“ erklärt haben.

Diese Behauptung trug von vornherein den Stempel der Lüge an der Stirn. Sie ist von den Beteiligten, vor allem aber auch vom Bergknappen, als ganz gemeine Lüge gebrandmarkt worden.

Noch mehr. Ein Zentrumsorgan, die „Essener Volkszeitung“, hatte obige „Enthüllung“ der „Berliner Volkszeitung“ wie folgt ironisiert:

„Die Enthüllung ist nicht ganz vollständig. Es waren noch einige Personen mehr in der Sache verwickelt. Das geheime Konventikel wurde in der Lage in Essen abgehalten. Das Protokoll führte der Staatssekretär des Innern, Delbrück. Es waren nicht 1 1/2 Millionen, sondern rund 5 Millionen, welche die Schwerindustrie für den Peterspennig zu zahlen hatte.“

Man braucht wahrhaftig nicht viel GröÙe im Kopf zu haben, um herauszufinden, daß diese Ausführungen eine Satyre sind. Was aber tut die Leitung des Hirsch-Dunderschen Verbändchens? Sie gibt das ohne jede weitere Bemerkung als ernst gemeint wieder.

Die „Mitteilungen“ bringen dann weiter ein angeblich dem St. Ingberter Zentrumsorgan entnommenes Zitat vom 21. Januar 1913. Wir haben dieses Zitat früher schon im Hirsch-Dunderschen Blättchen gelesen. Danach soll in einer Konferenz des Volksvereins für das katholische Deutschland Herr Dr. Nieder-M. Gladbach den Volksverein als Mutter der christlichen Gewerkschaften bezeichnet und weiter noch ausgeführt haben:

leit müsse jeder christlich organisierte Arbeiter Mitglied des Volksvereins sein.

Uns diesem Zitat wollen die „Hirsche“ eine Neutralitätsverletzung durch die christlichen Gewerkschaften konstruieren. Wir haben aber bereits in Nr. 10 unseres Organs die Unrichtigkeit obiger Ausführungen wie folgt nachgewiesen:

„Der erwähnte Bericht über die Volksvereinsversammlung enthält eine Reihe von Unrichtigkeiten. Wenn das Hirsch-Dundersche Blatt richtig zitiert hat, so fallen diese Unrichtigkeiten offenbar dem Berichterstatter des betreffenden Zentrumsorgans zur Last. Denn daß Herr Dr. Nieder sich derart ausgedrückt hat, halten wir für ausgeschlossen. Unrichtig ist zunächst, daß der Volksverein ein eigenes Blatt zur Agitation für die christlichen Gewerkschaften herausgibt. Gemeint ist da offenbar die „Soziale Korrespondenz“ des Volksvereins, die für die katholische Presse bestimmt ist und allerdings gelegentlich auch warm für unsere Bewegung eintritt.

Wenn die „Hirsche“ nun trotzdem auch diesen „Gappen“ ihren Mitgliedern erneut wieder vorsetzen, so ist das nur ein weiterer Beweis dafür, wie skrupellos sie in der Wahl der Mittel sind.

Auf all die übrigen in den „Mitteilungen“ enthaltenen nichtsagenden MäÙchen einzugehen erübrigt sich. In Bezug auf Wahrhaftigkeit stehen sie um kein Jota höher, wie das bisher erwähnte Material. Darum ist es zu verstehen, wenn auf der ersten Seite der „Mitteilungen“ ausdrücklich gesagt wird, diese seien nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Ein Restchen von Schamgefühl scheint sich die Zeitung des Hirsch-Dunderschen Verbändchens doch noch bewahrt zu haben; sie fühlt offenbar selbst, daß ihr „Material“ das Licht der Öffentlichkeit nicht vertragen kann.

Die Volksversicherung.

(Schluß.)

Unsere Aufgaben.

Aus den allgemeinen Versicherungsbedingungen, die deutlich die Gemeinnützigkeit der D. B. A. G. erkennen lassen, sei nur kurz das folgende erwähnt:

Keine ärztliche Untersuchung. Bei Einstellung der Prämienzahlung entweder Ausstellung einer beitragsfreien Versicherung oder auf Wunsch sofortige bare Auszahlung des bedingungsmaßigen Rücklaufwertes. Wiederinkraftsetzung einer erloschenen oder beitragsfreien Versicherung gegen Nachzahlung oder durch Verlängerung der Prämienzahlung- und Versicherungsdauer. Volle Versicherungssumme schon beim Tode nach nur einjährigem Bestehen; beim Tode im ersten Halbjahr Rückzahlung der vollen Summe. Für freiwillige Zusatzbestimmungen und für die Kinderversicherungen gleich günstige Bedingungen. Mitversicherung der Kriegsgefahr ohne Extraprämie nach fünfjährigem Bestehen der Versicherung in voller Höhe. Gewinnbeteiligung nach Ablauf von fünf Versicherungsjahren; die Dividende wird von der Gesellschaft mit 3 1/2 v. H. verzinstlich angesammelt und mit der Versicherungssumme oder bei vorzeitiger Auflösung der Versicherung mit der Rückvergütung zusammen ausbezahlt.

Die Verwaltungs-kosten sind entschieden niedriger wie die der größten privatkapitalistischen Versicherung, der „Viktoria“. An Zinssprovisionen verausgabte die „Viktoria“ z. B. im Jahre 1912 9581998 Mark oder 13,14 Prozent der Prämieinnahmen. Bei der Deutschen Volksversicherung Aktiengesellschaft ist für Zinsskosten nur 9 Prozent festgesetzt, über die hinaus nicht gegangen werden darf. An Anwerbskosten für eine einzige Versicherung verbrauchte die „Viktoria“ 7,35 Mark. Die D. B. A. G. wird mit allen Anwerbskosten sicherlich weit unter der Hälfte dieser Summen bleiben.

Die Leistungsfähigkeit der D. B. A. G. gegenüber der „Viktoria“, der „Friedrich Wilhelm“, der „Deutschen Versicherung“ und der roten „Volksfürsorge“ möge an einigen Beispielen klar gemacht werden. Nach Tarif 1 (Sterbegeldversicherung) ergibt sich, wenn man ein Eintrittsalter von 25 Jahren und 1 Mark 14 tägige Prämie zugrunde legt, folgendes Verhältnis in der Höhe der zur Auszahlung gelangenden Beträge:

Prämienzahlung Dauer	D. B. A. G.	Viktoria	Friedrich-Wilhelm	Deutschen	Volksfürsorge
15 Jahre	630	fehlt	530	620	470
20 "	740	"	645	735	560
25 "	810	"	735	820	630
30 "	855	"	805	880	680

Bei Tarif 2, der sogenannten Versicherung auf den Todes- oder Erlebensfall (gemischte Versicherung) ergibt

sich ein ähnlich günstiges Verhältnis, wiederum angenommen 1 Mark 14 tägige Prämie und ein Eintrittsalter von 25 Jahren:

Prämienzahlung Dauer	D. B. A. G.	Viktoria	Friedrich-Wilhelm	Deutschen	Volksfürsorge
15 Jahre	345	270	315	370	290
20 "	465	370	430	495	400
25 "	580	475	545	615	500
30 "	685	560	655	725	600

Wenn nach dieser Zusammenstellung eine Ueberlegenheit der Tarife der D. B. A. G. anscheinend nur gegenüber den privaten Gesellschaften und der Volksfürsorge vorliegt, während bei den „Deutschen“ eine noch höhere Leistungsfähigkeit, wenigstens bei dem Tarif 2, geboten wird, so ist dazu nur zu bemerken, daß die „Deutschen“ nach ihren ganzen rechnerischen Grundlagen keine Dividende zu gewähren in der Lage sind, wie sie ja auch keinerlei Verpflichtungen hierzu in ihren Versicherungsbedingungen übernommen haben, während die D. B. A. G. von vornherein mit Dividenden an die Versicherten rechnet. Die mathematischen Grundlagen der D. B. A. G. sind solche, daß sie die Endsummen der „Deutschen“ überholen werden, und sogar in der Lage sind, trotz ihrer hohen Anfangsversicherungssummen die Endversicherungssummen der privaten Gesellschaften trotz deren hohen Dividenden zum mindesten zu erreichen. Die D. B. A. G. ist eben ein gemeinnütziges Unternehmen, welches bei einer außerordentlich günstigen Finanzgrundlage denkbar billiger arbeitet und allen Gewinn fast reiflos den Versicherten zuführen wird. Sie ist dadurch jeder Konkurrenz gewachsen.

Mit dem 1. Juli haben die sozialdemokratische „Volksfürsorge“ und die gemeinnützige „Volksversicherungs-Aktiengesellschaft“ ihre Wirksamkeit begonnen. Es werden daher in den nächsten Wochen auch die übrigen Volksversicherungsgesellschaften, die „Leolasse“, die „Deutsche Volksversicherung“ (unter Führung des Herrn Geheimrat Kapp) und die beiden größten privatkapitalistischen Lebensversicherungsgesellschaften, „Viktoria“ und „Friedrich Wilhelm“ mit einer verstärkten Agitation eintreten, sodaß die Volksversicherung alsbald den weitesten Kreisen als „erlösendes Wort“ angepriesen werden wird.

In dieser Situation obliegen den Vertrauensleuten und Funktionären der christlichen Gewerkschaften folgende Aufgaben:

1. Mit aller Kraft verhindern, daß die Arbeiterkreise, welche mit der Sozialdemokratie nichts zu tun haben wollen, sich der sozialdemokratischen „Volksfürsorge“ anschließen. Bei den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften besteht diese Gefahr nicht so sehr wie bei den Arbeitern und „kleinen Leuten“, die nicht orientiert sind, eigentlich aber auf unserem Boden stehen.

2. Diesen genannten Kreise, die noch außerhalb der christlichen Gewerkschaftsbewegung stehen und auf die wir Einfluß haben, soll man, wenn sie sich versichern wollen, die gemeinnützige D. B. A. G. bringen und empfehlen.

3. Wer sich von den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften versichern will, soll seine Versicherung entweder mit der D. B. A. G. oder mit der „Leolasse“ abschließen. Die Agitation für andere Volksversicherungsgesellschaften ist nicht gestattet innerhalb der christlichen Gewerkschaften.

4. In den christlichen Gewerkschaften ist die Agitation sowohl für die Volksversicherungs-Aktiengesellschaft wie auch für die „Leolasse“ möglich und erlaubt. Natürlich muß sorgsam jeder Streit zwischen den Vertretern der „Leolasse“ und der D. B. A. G. vermieden werden.

5. Die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, die sich in einer Volksversicherung versichern wollen, sollen dieses in der Regel nur bei den Vertrauensleuten der christlichen Gewerkschaften bzw. konfessionellen Arbeitervereinen tun. Agenten und sonstige fremde Personen, die unseren Mitgliedern eine andere Volksversicherung aufzureden versuchen, weisen man ab.

6. Die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften mögen sich auch in dieser „Volksversicherungssära“ stets bewußt bleiben, daß die Gewerkschaftsbewegung erst die Voraussetzungen schafft und schafft wird, um Beiträge zu anderen Versicherungen leisten zu können. Der Gewerkschaftsgedanke darf durch die Volksversicherung nicht zurückgedrängt werden.

Allgemeine Rundschau.

Friedrich Kraus †. Aus Duisburg erhielten wir in der vorigen Woche ganz unerwartet die traurige Kunde von dem Ableben unseres Kollegen Kraus, Redakteur am Organ unseres Bruderverbandes aus der Metallindustrie.

Mit dem Tode des Kollegen Kraus ist wiederum ein tüchtiger Führer aus unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung gerissen worden. Kollege Kraus war ein echter Mann, ausgestattet mit vorzüglichen Gaben des Herzens und des Verstandes. Er war lebensmüdig und allzeit hilfsbereit gegenüber seinen Kollegen, pflichteifrig und selbstlos gegenüber unserer christlichen Gewerkschaftsfrage, speziell der Sache der christlichen Metallarbeiter. Schon in verhältnismäßig jungen Jahren wurde Friedrich Kraus auf verantwortungsvolle Posten berufen. Nachdem er sich in der Ortsgruppe Duisburg des christlichen Metallarbeiterverbandes als Vertrauensmann und Vorstandsmitglied die Sporen geholt hatte, wurde er zunächst Sekretär des Volksvereins für das katholische Deutschland in Wiedenhausen und später in Aachen. Am 1. Oktober 1910 übernahm er die Redaktion des „Deutschen Metallarbeiters“. Hier hat er seinen

schwierigen Posten voll und ganz ausgefüllt und sich nicht bloß die Zuneigung seiner Kollegen, sondern auch die Anerkennung und den Dank seines Vorstandes und weiterer Mitglieder verdient. Mit Geschick und Entschiedenheit, aber auch dem Gegner gegenüber sachlich und vornehm, vertrat er die Interessen seines Verbandes und der Arbeiterschaft.

Nun hat der Tod seinem Schaffen ein frühes Ende gesetzt. Kaum 33 Jahre alt, ist er von dieser Welt abgerufen worden. An seinem Grabe trauern seine junge Gattin und ein Kind. Möge ihnen der Himmel den Trost schenken, den Menschen nicht zu geben vermögen. Das Andenken des Kollegen Friedrich Kraus wird bei uns in Ehren bleiben. Er ruhe in Frieden!

Die bevorstehenden Krankenkassenvahlen! Nunmehr besteht über den Termin der demnächst stattfindenden sozialen Wahlen nach der neuen Reichsversicherungsordnung volle Klarheit. Der Minister für Handel und Gewerbe hat unter dem Datum des 19. Juni 1918 an die Oberversicherungsämter Anweisung ergehen lassen, daß die Wahlen zu den Ausschüssen (früher Generalversammlung) der neu zu errichtenden bzw. auszugestaltenden Allgemeinen Ortskrankenkassen, ebenso auch die zu den neu errichteten Betriebs- und Innungskrankenkassen, so schnell als möglich auszusprechen sind und stattzufinden haben. Eine Anzahl von Versicherungsämtern bzw. Krankenkassen haben denn auch bereits die Wahlen zu den Ausschüssen für Ende August oder Anfangs September öffentlich ausgeschrieben.

Die Wahlen zu den Vorständen der bezeichneten Krankenkassen erfolgen laut einer Verfügung desselben Ministers vom 26. April 1918 bereits in der ersten Hälfte des November. Die Wahlen der Beisitzer zu den Versicherungsämtern in der zweiten Hälfte des November und die Wahlen der Beisitzer zu den Oberversicherungsämtern finden im Dezember dieses Jahres statt.

Für unsere Funktionäre und Kartellvorstände ergeben sich nun zunächst folgende dringende Aufgaben:

1. Muß dafür gesorgt werden, daß den Personen, welche neu der Krankenversicherung unterstellt werden (Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen, Dienstmädchen, die unständigen Arbeiter, die im Wandergewerbe Beschäftigten und die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter), rechtzeitig die von den örtlichen Behörden vorgeschriebenen Wahllegitimationen besorgt werden. Diese Arbeit müssen die Funktionäre und Kartellvorstände auf sich nehmen; sie treten dabei am besten mit den im Bezirk bestehenden konfessionellen Vereinen bzw. mit den Präsidien und Vorständen derselben in Verbindung zwecks gemeinsamer Arbeit. Die örtlichen Vorschriften bezüglich der Wahllegitimationen sind genau zu beachten.

2. Ist unbedingt Sorge zu tragen, daß die Wahlvorschlüge (Kandidatenlisten) rechtzeitig der Behörde eingereicht werden. Hierbei sind die örtlichen Bestimmungen, bis zu welchem Termin die Listen einzureichen sind, die Zahl der Unterschriften, die Anzahl der Kandidaten, genau zu befolgen. Für jeden Kandidaten sind sofort 2 Erbsamänner zu bestimmen.

3. Die Kollegen müssen scharf die sonstigen Wahlvorschriften befolgen, z. B. ob nach „streng gebundenen Listen“ oder einfach gebundenen Listen bzw. nach „freien Listen“ gewählt wird und ihre Maßnahmen danach treffen. (Siehe Wegweiser für die Arbeiterversicherungs-wahlen, Christlicher Gewerkschaftsverlag Köln.)

4. Als Kandidaten für die Ausschüsse und Vorstände der Krankenkassen wähle man die fähigsten Kollegen aus; die bereits in solchen Dingen erfahrenen ziehe man zu allererst heran. Die Ausschüsse und Vorstände der Krankenkassen bilden das Fundament der Sozialversicherung.

5. Besonderer Wert ist auch auf die Besetzung der Ausschüsse und Vorstände der neuen Betriebs- und Innungskrankenkassen zu legen. Darum ist eine genaue Untersuchung, in welchen Krankenkassen unsere christlichen Arbeiter und Arbeiterinnen stehen, unumgänglich nötig.

6. In den Krankenkassen, wo viele Frauen und Mädchen versichert sind, nehme man auch Kandidatinnen auf die Vorschlagsliste, es kann dieses nach jeder Richtung hin nur von Vorteil sein.

7. Ueber die Verteilung und Aufbringung der Wahlkosten ist unbedingt vorher eine Einigung zu schaffen. An den einzelnen Orten haben Kartelle bzw. die Wahlleiter unbedingt eine Liste der gewählten Ausschuss- und Vorstandsmitglieder anzulegen. Die vorgezeichneten Listen sind beim Generalsekretariat in Köln zu haben. Es sind solche Listen auch den Kartellen bereits überhandt.

Und nun Kollegen, vorwärts zum Siege! Da wir die Verhältniswahl haben, müssen wir allenthalben mit unsern Kollegen sowohl in den Ausschüssen, wie auch in den Vorständen zur Geltung kommen.

Die Gemeinnützigkeit der deutschen Volksversicherung A.-G. wird von der sozialdemokratischen Presse angezweifelt. Ohne auf das zum Teil recht alberne und beweislose Geschwafel der „Genossen“ besonders einzugehen, seien im Nachfolgenden einige konkrete Feststellungen über die wirkliche Gemeinnützigkeit der D.V.V. gemacht:

1. Der Organisationsfonds von 1 Mill. M., den die beteiligten Versicherungsgesellschaften zur Organisation der D.V.V. vorstreckten, wird nicht verzinst.

2. Die 2 Mill. M. Grundkapital dürfen den Aktienbesitzern jagungsgemäß unter keinen Umständen mehr als 4 Prozent Dividende bringen.

3. Von dem Jahresgewinn sind laut Bestimmung mindestens 80 Prozent an die Versicherten zu überweisen. Bis zu 10 Prozent des Restes sollen als außerordentliche Rücklage für den Fall eines Krieges angesammelt und verwendet werden, da die D.V.V. extra Kriegsprämien nicht vorzieht. Erst aus dem dann noch verbleibenden 10 Prozent Rest soll den Inhabern des Grundkapitals eine vierprozentige Dividende und die langsame Rückerstattung des zinslosen Organisationsfonds zugestanden werden.

4. Eine Gewinnbeteiligung des Aufsichtsrates und des Vorstandes findet nicht statt. Der Aufsichtsrat,

dessen Vorsitzender Graf von Posadowsky-Wehner ist, übt sein Amt unentgeltlich, als Ehrenamt, aus. Selbstverständlich erhält der Vorsitzende der D.V.V. eine feiner Vorbildung, seinem Range und seiner Arbeitslast entsprechende Honorierung.

5. Gegen die niederträchtigen Verdächtigungen der christlich-nationalen und sonstigen Arbeiterführer seitens der sozialdemokratischen Presse, als ob diese von der D.V.V. Geld erhielten für die Mitwirkung ihrer Organisationen an der D.V.V., lohnt es sich nicht, zu polemisieren. So etwas hängt man nur niedriger. Uebrigens fällt einem dabei unwillkürlich das Sprichwort ein: „Man sucht keinen hinter der Pecke, wenn man nicht selbst schon dahinter gelegen hat.“

Die Versicherungsbedingungen der D.V.V. sind den Versicherten so weit entgegenkommend, daß keine zweite Volksversicherung derartige Vorteile bieten kann.

Eine freche Beschimpfung leistet sich der Wochenplauderer „Bezator“ in der in Düsseldorf unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheinenden „Westdeutschen Post“. Wir selbst lesen dieses Hirsch-Dundersche Blättchen nicht und erhalten durch die Westdeutsche Arbeiterzeitung erst Kenntnis davon, daß der genannte Bezator in Nr. 27 des Käseblättchens wie folgt über den Krefelder Streik schreibt:

Der Verlauf des Kampfes zeigt, daß eine unetnige Arbeiterschaft keine Erfolge zu erzielen imstande ist, und daß die christlichen Bundesgenossen von sehr, sehr zweifelhaftem Werte sind. Das Wort „christlich“ führen sie im Munde; aber das Wort Christi: eure Rede sei: ja, ja, nein, nein, was darüber ist, das ist vom Uebel! das kennen oder wollen sie nicht kennen. Jeden Schritt tun sie nur mit dem geheimen innern Vorbehalte, den nächsten nicht mehr mitzumachen und alles zu widerrufen, wenn es ihnen nicht mehr paßt. Saubere Burschen sind das, diese Arbeiterführer! Sieben Wochen arbeiten sie anscheinend einig mit den Führer der andern Organisationen; auf einmal fällt ihnen ein, daß darunter Sozialdemokraten seien — das haben diese ahnungslosen Unschuldengel vorher nicht gewußt — genug, sie werfen alles über Bord, gehen ihre eigenen Wege, um die Arbeiterschaft, deren Interessen sie zu vertreten vorgeben, im Interesse ihrer (?) politischen Partei niederzuhalten. Woher diese Helden die Stirne nehmen, sich als Wähler von Arbeiterinteressen aufzuspielen, ist dem gewöhnlichen Sterblichen ein Rätsel. Leider gibt es noch Arbeiter, die diesen Burschen Geselligkeit leisten, die sich trotz des Verrats im vorjährigen Ruhrbergarbeiterkampfe, trotz der Komödie im Saargebiet und des neuerlichen Verrats im Krefelder Färbereistreik diesen Helden an die Rockschöße klammern, weil sie Angst vor einem eigenen kräftigen Auftreten haben.

Die Westdeutsche Arbeiterzeitung knüpft folgende Bemerkung den Leistungen Bezators an: „Nicht wahr, das ist eine derart unkultivierte Sprache, daß die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine gut täten, ihrem Herrn Bezator — der in der Nr. 28 der „Westdeutschen Post“ noch obendrein prahlte: Wir haben keine Waffen und brauchen uns unserer Laten nicht zu schämen — einen Knigge zu schenken. Wenn dann der christliche Textilarbeiterverband diese Aktion an den Bezator noch durch ein gerichtliches Vorgehen unterstützen würde, dann

Mein Vaterland.

III.

Nicht wahr, so find wir Menschen einmal: auch auf den fremden, selbst ungerechten Vater läßt das Kind nicht gern etwas kommen; es fühlt es wie eine persönliche Beleidigung, wenn jemand anders ihn schmäht und verhöhnt. Selbst wenn der Vater ein Trambold ist, so möchte es gerne die Schmach von ihm abwenden, kann es nicht vertragen, wenn er draußen zum Geppott der Leute wird.

Gibt es in der Gemeinde anders? Der eignen Pfarrer oder Bürgermeister mögen wir wohl kritisieren, aber wenn jemand von draußen sich dessen unterfangt, so empfinden wir das als eine Beleidigung, die uns mit ihm angetan ist.

Da habe ich im Ausland einmal einen Deutschen getroffen, der war betrunken: sah vor der Tür eines Restaurants und rumpelte die Vorübergehenden an. Wip! ihr, welches Empfinden ich da gehabt habe? „Daß dieser gemeine, ungezogene Mensch auch gerade ein Deutscher sein muß!“ Und in der Seele habe ich mich geschämt darüber. Wäre es ein Ausländer gewesen, ein Glied der Nation, bei der ich weilte, so wäre es mir wahrscheinlich gleichgültig gewesen; hier habe ich das Gefühl gehabt, als wenn der Mensch durch sein Benehmen seine Nation, sein Vaterland und auch mich schändete.

So war das Gefühl damals im deutschen Volke. Die angeblühten Befreier, das waren Fremde; die konnten nichts von deutschen Wesen und ihrer Art. Die kamen auch weniger, um zu befreien, als vielmehr um sich selber ins Nest zu setzen, um die Herren zu spielen, und wo immer der deutsche Gedanke sich regte, da traten sie ihn rücksichtslos nieder. Es ging wie die tiefste Scham durch das deutsche Volk, als Napoleon es wagte, einen jählichen deutschen Buchhändler, mit Namen Palm, der vom deutschen Bismarck eine harmlose Broschüre ins Land geschickt hatte, erschließen zu lassen, als ein Mann des Volkes wie der Freiherr vom Stein nach Rußland fliehen mußte, um nicht ein ähnliches Geschick zu erleben, als ein Joseph Görres wie ein Bild geißelt wurde von den Häuptern des Franzosenlagers, als Andreas Hofer, der tapfere Tyroler Freiheitsheld, in den Leinwandgruben von Mantua wie ein Uebelthäter erschossen wurde. Da schämte man sich, ein Deutscher zu sein, da hatte man das Gefühl, daß es besser sei, zu sterben, als solche Tyrannen länger zu ertragen. Da kam ihnen das Wort Schillers wieder in Erinnerung:

Nichtswürdig ist die Nation,
Die nicht ihr alles setzt an ihre Ehre.

Aber noch manch anderes hatte sich ereignet nach den Unglücksjahren von 1806/07. Dahinten im Preußen-

lande, das dem König noch geblieben war nach dem Frieden von Tilsit, waren geschäftige Hände am Werk gewesen, das Volk innerlich umzugestalten.

Wenn man rechte Freude haben soll am Vaterland, so muß man vor allen Dingen auch etwas davon haben. Man muß jenes Maß von Freiheit haben, daß man sich emporarbeiten kann, daß man Aussicht hat, ein selbsthafter Bürger des Vaterlandes zu werden.

Solange die Menschen des Vaterlandes gewesen waren wie die unmündigen Kinder, solange war der sogenannte Absolutismus für sie das einzig richtige gewesen. Es war eine Zeit gewesen, daß in den Städten die Bürger das Polizeiregiment, die Bauern auf dem Lande die Leibeigenschaft als eine Notwendigkeit empfanden, weil sie noch unvermögend waren, am öffentlichen Leben teilzunehmen, geradezu wie das Kind es als das Natürliche empfindet, wenn ihm vom Vater seine Arbeit zugewiesen und der Weg gewiesen wird. Aber der erwachsene, mündig gewordene Sohn verlangt doch eine andere Behandlung als das unmündige Kind, er will sich selber seine Zukunft schaffen, selbständig zeigen, was er zu leisten vermag. Er will teilnehmen am Familienrat, will selbst mit Hand anlegen, ohne fortwährend und auf Schritt und Tritt der väterlichen Kontrolle und Bevormundung ausgesetzt zu sein; es ärgert und verbrießt ihn, wenn diese Bevormundung gar einen keulichen, mißtrauischen Charakter annimmt oder einen polizeilichen Kommandoton anschlägt. Dann hat er keine Freude mehr an der Gemeinschaft der Familie.

Genau so sehnte sich auch das Volk am Anfang des 19. Jahrhunderts nach Freiheit und Selbstständigkeit.

Diese Freiheit und Selbstständigkeit wurde jetzt dem Volke zuteil. Die Städte erhielten das Recht, ihre Vertreter, ihre Bürgermeister und Magistrate zu wählen, die verabschiedeten Hausordnungen fielen. Die Leibeigenschaft der Bauern wurde aufgehoben. Mit vieler Mühe, unter schweren Kämpfen hatte Freiherr vom Stein diese Zugeständnisse dem Preußenkönig Friedrich Wilhelm III. abgerungen. Napoleon begriff, wo das hinaus sollte. Er zwang den König, ihn zu entlassen. Aber Hardenberg setzte das Werk Steins fort mit vieler Arbeit und Mühe und führte es zum guten Ende.

Und andere Hände waren tätig gewesen, das Herrentwesen umzugestalten. Ganz im Stillen, ohne viel Lärm und Aufsehen, hatte man aus dem alten Soldnerheer ein Volksgesetz gebildet, damit das Volk selbst lernen sollte, seine Interessen, seine Freiheit und Ehre, wenn's nicht anderes wäre, auch mit seinem Blute zu verteidigen.

So richteten sich die Augen der Besten in Deutschland auf das Land jenseits der Elbe. Wenn die Befreiung Deutschlands kam, so mußte sie aus jenem Lande kommen. Das preussische Heer war der einzige Truppen-

körper, der aus der russischen Steppe umherkehrt zurückgekommen war; sein Führer, der General v. York, hatte mit den Russen sich vertragen und seinem Könige 30 000 Mann gerettet. So schaute denn ganz Deutschland hin auf Preußen und erwartete von ihm die große Wendung des Geschicks.

Und die deutschen Männer, die in Preußen sich aus ganz Deutschland zusammengefunden hatten, handelten. Sie riefen den zagenden König mit sich fort, daß er nichts anderes konnte, als die Parole zur Erhebung ausgeben.

Da flogen glühende Freiheitsgesänge durch das Land. Mit welcher Wucht sprachen nicht die „Geharnischten Sonette“ eines Bayerndichters Rückert die Schmach aus, welche das ganze Volk fühlte:

Was schmiedest du, Schmied? „Wir schmieden Ketten, Ketten!“
Ach, in die Ketten seid ihr selbst geschlagen.
Was pflügst du, Bauer? „Das Feld soll Früchte tragen.“
Ja, für den Feind die Saat, für dich die Ketten.
Was jähst du, Schütze? „Tod dem Hirsch, dem fetten.“
Gleich Hirsch und Reh wird man euch selber jagen.
Was füttest du, Fischer? „Reiß dem Fisch, dem zagen.“
Aus eurem Todesnetz, wer kann euch retten!
Was wiegst du, schlaflose Mutter? „Knaben!“
Ja, daß sie wachen und dem Vaterlande
Im Dienst des Feindes Wunden schlagen sollten.
Was schreibest, Dichter, du? „In Gluthochzeiten
Einschreib ich mein und meines Volkes Schande,
Das seine Freiheit nicht darf denken wollen.“

Das waren wahrhaftig Beifriedensklagen für das Freiheits- und Nationalbewußtsein. Und da hinein klang dann der Aufruf des Sachsendichters Theodor Körner, der selber seine Lebensstellung, seine geliebte Braut, sein alles preisgegeben hatte, um sich fürs Vaterland einzusetzen:

„Früh auf, mein Volk, die Flammenzeichen rauchen,
Hell aus dem Norden bricht der Freiheit Licht.
Du sollst den Stahl in Feindesherzen tauchen;
Früh auf, mein Volk, die Flammenzeichen rauchen,
Die Saat ist reif, ihr Schnitter zaubert nicht!
Das höchste Heil, das letzte, liegt im Schwerte:
Drück dir den Speer ins treue Herz hinein!
Der Freiheit eine Gasse! Wasch die Erde,
Dein deutsches Land mit deinem Blute rein.“

Da strömten sie zusammen von Süd und Nord, von Ost und West; da bildeten sich die Freischaren aus Söhnen der Adligen und Bürgerlichen, da stellte sich der Student neben dem jungen Handwerker und Bauernsohn ins Glied — nicht für Fürknecht taten sie es und nicht aus kriegerischer Hurrabegier, sondern weil sie alle der Gedanke des Vaterlandes und der Freiheit durchglühte.

müchte es schließlich doch etwas nützen. — Auf den sachlichen Inhalt der Auslassung des Herrn Bezatores einzugehen, erübrigt sich wohl für unsere Leser.“

Unsere Zentralleitung wird es sich überlegen, ob sie den Anregungen der Westdeutschen Arbeiterzeitung folgen und dem Bezator gerichtlich beibringen soll, daß man ehrenhafte Personen nicht ungeprüft beschimpfen darf. Sie sieht den Hirschen wegen ihrer totalen Bedeutungslosigkeit schon vieles nach, aber schließlich muß auch dem kleinen Messer ein Denkzettel gegeben werden.

Das Los der alten Lohnarbeiter. In der letzten Zeit ist in der Öffentlichkeit vielfach darüber diskutiert worden, wie sich das Los der alternden Arbeiter gestaltet. An Hand von Einzelbeispielen ist von Arbeiterseite häufig darüber geklagt worden, daß Arbeiter, wenn ihre besten Kräfte verbraucht sind, beiseite geschoben und jüngere Arbeitskräfte an deren Stelle gesetzt werden, und daß solche Arbeiter nur sehr schwer wieder eine neue Arbeitsgelegenheit finden können. Besonders schlimm gestaltet sich deren Lage deshalb, weil eine große Anzahl von Werken Arbeiter nur bis zu einem gewissen Lebensalter einstellen. In der „Täglichen Rundschau“ veröffentlicht Prof. Wittschewsky einen Artikel zu dieser Frage, der darauf hinausläuft, diese Klagen aus Arbeiterkreisen als unberechtigt hinzustellen. Aus den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten will der Verfasser die Schlussfolgerung ziehen, daß wohl

„alternde Fabrikarbeiter vielfach zu einem Wechsel ihrer Berufsarbeit sich veranlassen sehen, sei es weil ihre bisherige Tätigkeit ihre Kräfte übersteigt, sei es, weil sie ein leichteres Brot zu finden glauben.“

Darauf baut der Verfasser dann folgendes Diktum auf:

„Stingegen fehlt ein Nachweis, daß brutaler Unternehmerrgoismus die schwächeren Kräfte auf die Straße schiebt, oder daß arbeitswilliger Alten keine Aufnahme gewährt wird. Ausnahmen mögen vorkommen, sind aber ganz gewiß keine allgemeine Erscheinung.“

Diese Schlussfolgerungen können leider vor der Wirklichkeit nicht Stand halten. Wenn man auch den Vorwurf gewiß nicht verallgemeinern darf, daß ältere, verbrauchte Kräfte nun rücksichtslos auf die Straße gestoßen würden — es gibt erfreulicherweise auch noch Unternehmer, die ihre alten Arbeiter bis zur Invaldität beschäftigen —, so bleibt aber auf der anderen Seite die Tatsache bestehen, daß eine lange, lange Reihe von industriellen Werken und sogar kommunale Betriebe Arbeiter nur bis zu einem gewissen Lebensalter einstellen. Eine oberflächliche Umfrage hat ergeben, daß derartige Bestimmungen allerdings nicht in den Arbeitsordnungen der industriellen Betriebe niedergelegt werden, daß aber in der Praxis die Sache so gehandhabt wird und zwar auf Grund der Satzungen der jeweiligen Betriebskrankenkassen. Zum Beispiel werden auf folgenden Werken in der Regel Arbeiter über 40 Jahre nicht mehr eingestellt:

Krupp, Aktiengesellschaft, Essen; Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, Berlin; Niederrheinische Hütte, Duisburg; Rheinische Stahlwerke Duisburg-Baer; Phönix Aktiengesellschaft, Duisburg; Hüttenwerk Rote Erde, Aachen; Deutsche Elektrizitätswerke Garbe und Lahmeyer, Aachen; Spiegelmanufaktur, Solberg (Rhd.); Bochumer Verein, Bochum; Henrichshütte, Hattingen; Westfälisches Stahlwerk, Weimar bei Bochum.

Auch eine große Anzahl von Stadtverwaltungen haben eine Altersgrenze für neu einzustellende Arbeiter festgesetzt; hier ist die Bestimmung auch in den Arbeitsordnungen für die kommunalen Betriebe niedergelegt. Wir greifen nur einige heraus.

Das Höchstalter für Neueinzustellende beträgt beispielsweise in Düsseldorf 40, Offenbach 45, Karlsruhe 40, Bruchsal 35, Stuttgart 36, und in Würzburg 40 Jahre.

Von den Kommunen sollte man derartige Härten eigentlich am allerleinsten erwarten.

denn wenn alle Unternehmer so handeln würden wie diese Gemeinden, dann könnten die älteren Arbeiter ja nirgends mehr Arbeit und Brot finden und würden dann als bedauerenswerte überflüssige Mitglieder der Gesellschaft den Armenverwaltungen, also den Kommunen selbst wieder zur Last fallen.

Angeichts dieser Zustände ist die schicksalsschwere Frage wohl am Platze: Was wird aus den vielen Lohnarbeitern, die nach dem 40. Lebensjahr das Unglück haben, eine neue Arbeitsstelle suchen zu müssen? Bei den vorliegenden Angaben handelt es sich nur um einige Stichproben. Wenn eine genaue Erhebung darüber veranstaltet würde, inwieweit älteren Arbeitern die Arbeitsmöglichkeit durch solche Bestimmungen beschnitten wird, dann würde es wohl kaum jemand noch wagen, die Klagen der Arbeiter über diesen verhängnisvollen Mißstand als unberechtigt hinzustellen.

Ausdehnung des Jugendschutzes bis zum 18. Lebensjahre. Ueber diesen Punkt hat unlängst im Reichstage Herr Abg. Viz. Mumm eine Anfrage an den Reichszentralrat gerichtet, die an die Tatsache anknüpfte, daß das Deutsche Reich auf der ersten internationalen Arbeiterschuttkonferenz im Jahre 1890 mit sieben andern Staaten dafür gestimmt hatte, „daß den jungen Männern von 16 bis 18 Jahren Schutz gewährt werde in betreff a) eines Maximalarbeitsalters, b) der Nachtarbeit, c) der Sonntagsarbeit, d) ihrer Verwendung bei besonders ungesund oder gefährlichen Arbeiten“. Viz. Mumm fragte nun den Reichszentralrat:

„Welche Schritte sind seither zu internationaler und nationaler Durchführung eines besonderen Schutzes für Arbeiter und Arbeiterinnen von 16 bis 18 Jahren geschehen?“

Die Antwort, die der Staatssekretär Dr. Delbrück in Vertretung des Reichszentralrats am 2. Juli schriftlich erteilte, erklärte, daß internationale Vereinbarungen über einen besonderen Schutz der jugendlichen Arbeiter von 16 bis 18 Jahren bisher nicht bestehen, sondern erst auf der Internationalen Staatenkonferenz in Bern im September 1913 besprochen werden sollen. Im übrigen zählt die Antwort für Deutschland die Einzelbestimmungen der Gewerbeordnung (§§ 120 c, d, e) und der Bundesratsbekanntmachungen für vier besonders gefährliche Gewerbebezüge auf, die teilweise auch jugendliche Arbeiter bis zu 18 Jahren betreffen. Die Antwort des Staatssekretärs beschränkt sich also völlig auf den Punkt d der von Viz. Mumm in Erinnerung gebrachten moralischen Verpflichtungen, die das Deutsche Reich 1890 bereits auf jener Internationalen Konferenz auf sich genommen hat und die sich in umfassendster Weise auch auf die Festlegung einer Höchstarbeitszeit und die Beseitigung der Nacht- und Sonntagsarbeit für Jugendliche bis zu 18 Jahren beziehen. Die Antwort des Staatssekretärs geht über diese Punkte wohl deshalb stillschweigend hinweg, weil die deutsche Arbeiterschaft gesetzgebung hier noch Lücken aufweist. Erfreulicherweise ist für die Regierung des Deutschen Reichs jetzt durch das Programm der bevorstehenden Internationalen Berner Konferenz ein gewiß willkommenes Anlaß gegeben, die gegenüber den Kundgebungen von 1890 noch bestehenden Mängel unseres fabrikgesetzlichen Jugendschutzes auszugleichen. Jugendschutz ist doch gegenwärtig Trumppf unserer Massenfürsorgepolitik meint die „Soziale Praxis“.

Eine faubere Moral scheint im sozialdemokratischen Landarbeiterverband zu herrschen. Auf dessen erster Generalversammlung, deren Protokoll eben erschienen ist, machte der Rechtsanwalt Siegfried Rosenfeld, der als juristischer Berater des Verbandes fungiert, folgende Ausführungen über das Prozeßwesen:

„Wir haben, selbst wenn wir verlieren, nicht allzuviel Nachteile. Nach meiner Erfahrung verursacht auch ein für uns verlorener Prozeß unserem Gegner in der Regel doch mehr Unannehmlichkeiten, als uns. Denn die Armut hat auch ein Glückliches, daß sie nämlich nicht zahlen kann (Gehalts), und dann bleiben die Kosten eben an dem Gegner hängen; denn davor hüten wir nach Möglichkeit unsere Verbandskasse, daß sie zu den Kosten unserer Gegner herangezogen wird. Wir treten nur dann für die gegnerischen Kosten ein, wenn wir voraussehen, daß sie beim Mitglied selbst zu holen sind. Ist das nicht der Fall, so lassen wir es darauf ankommen, daß der Gerichtsvollzieher das Mitglied besucht; dann bleiben die Kosten beim Gläubiger hängen. Auf diese Weise bedeutet ein gewonnener Prozeß manchmal einen sehr zweifelhaften Sieg für den Gegner, so daß er sich hütet, in späteren Fällen mit uns anzuhängen.“

Der Mann, der so sprach, ist Sozialdemokrat und dazu Rechtsanwalt.

Wo sitzen die Streikbrecher? In Ahaus hat der christliche Lederarbeiterverband einen zehnwöchigen Kampf führen müssen, um einige Groschen mehr Lohn für die Arbeiter zu erzielen. Die Mitglieder des sozialdemokratischen Lederarbeiterverbandes haben mit Wissen und Willen ihres Zentralvorstandes und auf ausdrückliches Verlangen der Ortsleitung hin während der ganzen Dauer des Kampfes in den betr. Betrieben weiter gearbeitet und Streikarbeit gemacht. Einige brüsteten sich sogar damit, daß sie den „Christlichen den Streik kaputt machen wollten.“

Als der Streik ausbrach, hat sich ein Teil der dem sozialdemokratischen Verbände angehörenden Mitglieder nebst einigen Unorganisierten demselben anschließen wollen. Zu diesem Zwecke wurde eine Abstimmung vorgenommen, wobei sich die übergroße Mehrzahl der Beteiligten für die sofortige Einstellung der Arbeit erklärte. Unter denen, die nicht für den Streik stimmten, befand sich auch der Vorsitzende der sozialdemokratischen Zahlstelle. Hatte er schon vorher dagegen gesprochen, so suchte er nunmehr mit allen Mitteln den Streik zu verhindern. Ja, sogar die Drohung sprach er aus, wer mitstreife, werde auf keinen Fall mehr in den Betrieb hineinkommen und was das bedeute, wisse jeder. Doch damit nicht genug. Er suchte die für den Streik Gestimmten in ihrer Wohnung auf und bearbeitete sie so lange, bis er die Gewißheit hatte, daß sie stehen blieben und wiederholte dieses Spiel während des Streiks drei bis vier Mal. Auch die Unorganisierten hat er auf diese Art bearbeitet und zum Streikbruch verleitet.

Dieselben Herrschaften schreien dann gerne von Streikbruch der Christlichen, wenn diese mal nicht nach der Pfeife der Genossen tanzen wollen.

Der Krach im Lager der Wirtschaftsfriedlichen. Auf dem III. Bundestag der gelben Verbände, der kürzlich in Augsburg stattfand, ist es zum endgültigen Bruch innerhalb der gelben Bewegung gekommen. Mit welcher Schärfe sich in Augsburg die Richtungen innerhalb der wirtschaftsfriedlichen Bewegung gegenüberstanden, geht hervor aus einem Artikel in Nr. 17 des gelben „Nationaldemokraten“.

In diesem Artikel wird behauptet, daß die Zeitung des Bundestages der Verbände, welche die offiziellen Presseberichte an die deutschen Zeitungen verschickte, der Öffentlichkeit arglistig verschwiegen habe, daß es in Augsburg zur Spaltung der gelben Arbeiterbewegung gekommen ist. Es wird dann auch die Tagung in Augsburg selbst in gründlicher Weise beleuchtet. So habe der Krupp'sche Direktionsbeamte Galbach wieder einmal den heimlichen Dirigenten in der Nähe vom Vorstandssitz gemacht. Seine

geschriebenen Zettelchen wanderten zu Heß und Schönknecht und, wo das nicht möglich war, da tauchte der Krupp'sche Sozialsekretär, Herr Schulte, auf, um die Bundestagung im Sinne Krupp'scher Tendenz zu beeinflussen. Nicht ein Arbeiter, sondern der Privatsekretär des Kammerzentrals Böschling, der Hüttenbeamte Rupp, habe den Jahresbericht erstattet. Es sei sehr merkwürdig, daß man den Schriftführerposten anstatt einem Arbeiter, einem solchen Beamten übertrage.

Der Rassenbericht konnte nicht erstattet werden, weil Herr Heß denselben angeblich — in der Bahn hatte liegen lassen (!). Diese merkwürdige Größnung hätten die Delegierten mit argwöhnischem Kopfschütteln aufgenommen. Es sei sogar der Verdacht ausgesprochen worden, der Rassenbericht des Bundes Deutscher Werkvereine werde wohl so ungünstig sein, daß man mit ihm lieber nicht vor die Öffentlichkeit treten wolle. Wenn man in Betracht ziehe, daß mehrere große Kapitalien als Stiflungen der Bundeskasse im Jahre 1912/13 zugeflossen seien, so müßte ein ungünstiges Finanzergebnis allerdings überraschen.

Der eigentliche Krach aber sei entstanden bei Beratung der Anträge und der Frage, wer Bundesvorsitzender werden sollte. Als Kandidaten ständen sich gegenüber: Obermeister Malbach aus Saarbrücken, der bekannte Agitationstreisende Friedrich Heß aus Essen und ein Herr Schönknecht aus Berlin. Ein schönes Trio, aber teurer ein Arbeiter. Herr Obermeister Malbach, der sonst angeblich so stille und vornehme Herr, soll eine fürchterliche Brandrede gegen die Berliner gelben Arbeitersekretäre gehalten haben, die von den Arbeitgebern bezahlt würden und sich als radikale Vertreter der Arbeitnehmer gebärdeten. Unter dieser Anpöbelung und unter Gelächter und Gebrüll der Krupp'schen Mehrheit, seien die Berliner niedergestimmt worden. Darauf haben die „Berliner“ den Bundestag unter Protest verlassen.

Anschließend an diese hochpitanten Erörterungen folgt dann in derselben Nummer dieses gelben Blattes ein zweiter Artikel mit der Überschrift: „Ein niedriger Gaunerstreich.“ Hier werden ganz besonders die angestellten gelben Sekretäre unter die Lupe genommen, und öffentlich als Geinnungslumpen gestempelt, weil sie in der Zeit, wo sie von der einen gelben Richtung angestellt und bezahlt wurden, heimlich für die andere gelbe Richtung gearbeitet und, jedenfalls mit einem höheren Gehalt, in dieselbe übergeschwenkt seien. Das sei Treubruch und Verrat; und solche Leute wären auch fähig, zu den Sozials zu gehen, wenn sie ein Geschäft dabei machten.

Sogar ein Einbruch sei des Nachts von der einen gelben Richtung in die Büroräume der anderen verübt worden. Sodas heißt die Tür zur Buchhalterei mit einem Kunstschloß versehen und an die Korridortür Eisenriegel angebracht worden sind. Und endlich wird noch ein schwindelhaftes Manöver vom Bundestag in Augsburg aufgedeckt.

Dort war während der Tagung ein Telegramm eingetroffen, in welchem 8 Vereine der Freien Vereinigung deutscher Wertvereine, ihren Beitritt zum Bund deutscher Wertvereine erklärten. Das Telegramm sei unter großem Jubel vom Bundestag aufgenommen worden und nun stelle sich heraus, daß hier ein ganz gemeiner Schurkenstreich vorliege. Einer der oben gekennzeichneten Angestellten hatte dieses Telegramm an den Bundestag eingeschickt, ohne von irgend einem Verein beauftragt worden zu sein. Derselbe sei lange Zeit gegen Gehalt, Tageslohn und Provision von der Freien Vereinigung deutscher Wertvereine angestellt gewesen und nun könne er es mit seinem Gewissen vereinbaren gegen dasjenige Institut zu arbeiten, in welchem er angestellt ist.

So also sieht es aus in dem Lager der Gelben. Mag ein rechtschaffener denkender, aufrechter Arbeiter einer solchen „Bewegung“ angehören? Man wendet sich mit Verachtung von ihr.

Der Lohnkampf in den Gummericher Margarinfabrikanten ist nach 10wöchiger Dauer mit gutem Erfolg für die beteiligten Arbeiter beendet worden. Der geforderte Mindestlohn wurde den streikenden Arbeitern bewilligt und das völlige freie Koalitionsrecht den Arbeitern ausdrücklich zuerkannt. Die Hälfte der noch im Streite stehenden Arbeiter wird sofort wieder eingestellt. Die übrigen Arbeiter werden durch Vermittlung des Herrn Dr. Boemer in anderen Betrieben in Arbeit gebracht oder nach Bedarf in seinem eigenen Betriebe. Der Boykott über die Firmen Boemer u. van Rossum wird auf der ganzen Linie aufgehoben.

Der Kampf wurde von beiden Seiten mit außerordentlicher Zähigkeit geführt. Die lange Dauer des Kampfes wird seitens der Arbeiter zunächst auf das einseitige Eingreifen der Polizei zugunsten der Arbeitgeber zurückgeführt, indem das Streikpostensystem nach dreiwöchiger Dauer verboten wurde. Auch das Verhalten der sozialdemokratischen Presse war nicht dazu angetan, eine baldige Verständigung herbeizuführen. So wurde bereits vor einigen Wochen der Gummericher Streik von dieser Presse als verloren bezeichnet.

Der Streik wurde vom christlichen Verbande der Nahrungs- und Genussmittelindustriearbeiter allein geführt.

Aus unserer Industrie.

Zur Lage der deutschen Baumwollindustrie

wird in verschiedenen Tagesblättern ein Artikel des Herrn Semlinger-Bamberg veröffentlicht, den wir hiermit zum Abdruck bringen, ohne uns mit den darin ausgesprochenen Ansichten in allen Punkten einverstanden zu erklären.

„Die Lösung der Frage, wie groß die neue Baumwollernte

sein müsse, um dem Bedarf zu genügen und die gegenwärtigen Preise nach oben oder unten zu beeinflussen, beschäftigt diesseits und jenseits des Atlantik die Gemüter. Die Ansichten, Hoffnungen und Befürchtungen gehen sehr

weit auseinander und das Gefühl, zu wissen, daß man nichts weiß, erzeugt eine Gereiztheit der Stimmung, die beklagenswert ist und auf das Geschäftsleben trübe Schatten wirft. Die vielen täglich sich widersprechenden Berichte über Aussaat, Witterungsfragen, Raupenplage und dergleichen — alles im Lichte der tödlichsten Sicherheit vorgetragen — machen auch den ruhigsten Beurteiler verwirrt, und man hat sich mit den Zahlen die Zahl der Berichterstatter ganz bedeutend vermehrt hat — die Sache scheint Anfall zu finden und nicht unrentabel zu sein —, ist es kein Wunder, wenn man den Meldungen von drüben immer einigermäßig Mißtrauen entgegenbringt. Nicht weniger verwirrend sind die der offiziellen Schätzung vorausgehenden Veröffentlichungen der Autoritäten englischer Zunge über Produktion, Erntestand und Verbrauch, und man hat bei der Lesart der ersten Morgenpost schon die Wahl, ob man sich für oder gegen den Markt entscheiden will. Dies drängt mich, einmal öffentlich auszusprechen, daß die zunehmende Neigung der Industriellen, durch übergroße Terminkäufe oder Verkäufe in Baumwolle auf Spekulation die spärlichen Erträge der industriellen Arbeit aufzubessern,

eine nicht genug zu beklagende Erscheinung der letzten Jahre

ist, die den Kredit mancher Etablissements, selbst der größten, in Frage stellen kann; dabei ist das besonders Bedenkliche, daß solche Geschäfte sehr häufig mehr oder minder diskret gemacht werden. Wir haben in den letzten Monaten ein so kraßes Beispiel der furchtbaren Folgen unglücklicher Spekulation — Millionenverluste innerhalb zweier Jahre — schauernd verfolgen können, daß ich es auf die Gefahr hin, deswegen angegriffen zu werden, für meine Pflicht halte, auf die Bedenklichkeit großer und weitläufiger Operationen mit Papierbaumwolle für Industrie hinzuweisen, während gegen Deckung übernommene Lieferungsverpflichtungen durch Terminabschlüsse wohl kein Vernünftiger begründeten Widerspruch erheben wird.

Der in den letzten Monaten erschienene amtliche Bericht über den

Umfang der mit Baumwolle angepflanzten Fläche und den Stand der Pflanzen

zu Ende Juni hatte nicht den sensationellen Charakter, den man allseitig erwartete; er entspricht den mittleren Schätzungen konservativer Beurteiler der Verhältnisse und war, wenigstens bisher, ohne wesentlichen Einfluß auf den Markt sowie die Preisgestaltung; er zeigte, daß die Anbaufläche mit 35 622 000 Acres gegen 34 766 000 im Vorjahre nicht unbedeutend gestiegen, aber doch noch lange nicht so groß ist wie vor zwei Jahren, wo 36 681 000 Acres unter Baumwolle standen, und wir die bekannte Erntenernte von 16 120 000 zu verzeichnen hatten. Der gemeldete Stand der Pflanzen von 81,8 gegen 79,1 im vorigen Monat zeigt einen erfreulichen Fortschritt und gibt, gutes Wachstum in den nächsten drei Monaten vorausgesetzt, Aussicht auf eine gute und dem Bedarf voll genügende Ernte. Heute schon einen Ertrag voraus zu bestimmen, ist jedoch nicht möglich, und es empfiehlt sich, allen verlässlichen Zahlen, seien sie hoch oder niedrig, eine ausschlaggebende Bedeutung nicht zuzumessen, da das Wetter bis zum Herbst der allein entscheidende Faktor bleiben wird. Je nach den Witterungsberichten der Monate Juli bis Oktober dürften Wertschwankungen nicht ausbleiben, es spricht aber für die

große Stärke der Märkte,

daß trotz der Kriegswirren in den Balkanstaaten, des teuren Geldes, der trotzigen Lage der Baumwollindustrie in fast allen Ländern des Kontinents und trotz der neuen Kämpfe zwischen den vorherigen Bundesgenossen, die selbst unsere Börsen in Aufregung versetzen — die Notierungen seit fünf Monaten eine bewundernswürdige und beispiellose Gleichmäßigkeit behalten haben. Der Höchstpreis unter Berücksichtigung des ab 1. Mai aufgehobenen Stotons von 1 1/2 Prozent war im Februar 64, im März 63 1/2, im April 64, im Mai 62, im Juni 63 P., der niedrigste Preis im Februar 62, im März 62, im April 60 1/2, im Mai 60 1/2, im Juni 60 1/2 für middling in Bremen hat ohne Abzug verstanden. Im Laufe des Juli ist trotz der genannten widrigen Verhältnisse der Baumwollpreis eher etwas hinaufgegangen und die Vorräte an den verschiedenen Stapelplätzen sind gerade groß genug, um dem Bedarf bis zum Hereinkommen der neuen Ernte zu genügen, also voraussichtlich große Aufregungen im Markte vorläufig auszuschließen.

Ueber die Entwicklung der

ägyptischen Baumwollsorten

über Wetter und Wasserversorgung hört man unwiderprochen nur Gutes, und es ist zu hoffen, daß die neue Ernte mindestens den Umfang der Vorjahresernte erreicht, so daß wieder Preise zu erwarten sind, die etwas mehr im Verhältnis zur amerikanischen Baumwolle stehen als dies z. B. für Kitani in der laufenden Saison der Fall war. Auch über das Gedeihen der indischen Baumwolle und den Konjovon sind bescheidende Nachrichten herübergekommen, was uns hoffen läßt, daß dem deutschen Spinner wieder einmal größere Quantitäten aus dem besseren indischen Distrikten zur Verfügung stehen, und man nicht fast ausschließlich auf amerikanische Baumwolle angewiesen ist.

Auf der letzten Versammlung der Internationalen Spinnereivereinigung am 9.—11. Juni in Scheveningen, die von Vertretern aller Baumwollindustriestaaten der Welt besucht war, hat ganz besonderes Interesse erregt der Bericht des Herrn Arno Schmidt über seine Reisen im Anglo-ägyptischen Sudan, der mit außerordentlichem Sachkenntnis sich über die Zustände beim Baumwollbau, über Wasserverhältnisse, über Preisung, sowie die verschiedene Produktionsweise der Baumwolle sich ausdrückt und Wege und Maßregeln gibt, wie den

Klagen über die Verminderung der Qualität

durch Vermischen verschiedener Mischungen und über großen Befechtung der Baumwolle gesteuert werden kann. Die ägyptische Baumwolle nimmt auf dem Weltmarkt bezüglich Menge den dritten Rang ein, den ersten aber, was Güte und Wert der Faser betrifft. Auffallend ist jedoch, daß die Ergebnisse pro Acre (Feddan) von Jahr zu Jahr abnehmen; nach Angabe des Ackerbauamtes in Alexandrien waren durchschnittlich gewachsen 5,19 Cantars in den Jahren 1897 bis 1901, 4,45 in 1902—1906 und nur 4,13 in 1907—1912; diese Zahlen zeigen, daß neben der Güte der Baumwolle auch die Produktionsmenge zurückgegangen ist und eine herbe Kritik einzelner Mißstände durch die Spinnerei-Vereinigung wohl am Platze war. In neuerer Zeit werden Anstrengungen gemacht, den Anbau im Großen auf den Sudan und Rubien auszudehnen und die englische Regierung hat durch die Zinsgarantien für eine Anleihe von 60 Millionen Mark zur Aufschließung des Sudans als Baumwollerezeugungsland einen mächtigen Schritt vorwärts getan, um den Wünschen der Industrie von Lancashire zu entsprechen.

Ebenso beachtens- und lesenswert ist auch der dem Kongreß erstattete ausführliche Bericht des Herrn Moritz Schanz-Chemnitz: „Ueber die

Baumwolle in Ägypten und im englisch-ägyptischen Sudan“

als reife Frucht wiederholter Besuche im Lande der Pharaonen. Allen denen, die sich über Land und Leute in Ägypten und die Hilfsmittel bei der Produktion von Baumwolle und deren Herstellungskosten unterrichten wollen, kann das Studium dieser vortrefflichen Schrift angelegentlich empfohlen werden. Auch für weitere Kreise hat vielleicht Interesse die Tabelle über die Entwicklung der Baumwollgewinnung seit dem Jahre 1820, in dem nur drei Ballen Marko geerntet wurden, und über die Durchschnittspreise seit jener Zeit bis zum Jahre 1912; trotzdem jetzt rund eine Million Ballen zu 330 Kilo jährlich auf den Markt kommen, haben die Werte der ägyptischen Baumwolle nichts von ihrer Höhe gegen die 20er Jahre des vorigen Jahrhunderts eingebüßt, ja sie sind noch gestiegen, und mit Ausnahme der 30er Jahre und der Zeit des amerikanischen Krieges von 1862—1864 sowie einiger folgenden Jahre konnte Marko billiger gekauft werden als in den letzten vier Jahren.

Der niedrigste Durchschnittspreis

ist im Jahre 1845 mit 6 Taleri verzeichnet, 1897 konnte zu 7 1/4 im Durchschnitt gekauft werden, wogegen 1864 die Baumwolle den höchsten Preis von 52 Taleri erreichte. Was dem einen sein Uhl, ist dem anderen seine Nachteil: für Ägypten war der Unionkrieg der Aufstoß gewaltiger Entwicklung des Baumwollbaues, wie er auch für Indien von segensreichen Folgen gewesen ist, denn wenn nicht aus diesem Land 4—5 Millionen Ballen jährlich zur Verfügung ständen, wären wir noch mehr, als es leider der Fall war, von dem amerikanischen Ernteausschlag abhängig, weil alle übrigen Produktionsländer zusammengerechnet nur zwischen 3 und 4 Millionen Ballen verspinnbare Baumwolle liefern. In der Saison 1911/12 fiel die Menge aller geernteten Baumwolle auf rund 25 Millionen Ballen im Gewicht von 11 bis 12 Milliarden Pfund und im Werte von ungefähr 7000 Millionen Mark. Das sind die höchsten bisher erreichten Ziffern, ich bin aber der festen Ueberzeugung, daß es keine 25 Jahre mehr dauern wird, bis wir eine Welternte von 35 bis 40 Millionen Ballen erleben können und auch zu vermissen befähigt sein werden.

Auf den letzten Versammlungen der Internationalen Spinnerei-Vereinigung wurde auch wiederholt darauf verwiesen, daß es notwendig wird, alle Anstrengungen zu machen, um die

Ernten Ostindiens

auf mindestens die doppelte Zahl des gegenwärtigen Ertrages zu bringen, da Indien das einzige Gebiet sei, das unter gewissen Bedingungen befähigt ist, in absehbarer Zeit um 10 bis 12 Millionen Ballen gut verspinbarer Baumwolle zu liefern, und der Uebermacht der Vereinigten Staaten als gefährlicher Konkurrent entgegengesetzt zu werden. Ich habe übrigens auf diese, erst in den letzten Jahren stärker betonte Entwicklungsfähigkeit Ostindiens schon vor einem Dezennium aufmerksam gemacht.

Die

Lage der deutschen Baumwollindustrie

hat sich seit meinem letzten Berichte leider verschlechtert, weil die zurzeit durch nichts begründete Furcht vor einer zweiten amerikanischen Erntenernte von über 16 Millionen Ballen und die Rückwirkung der gestörten Ausfuhr nach den Balkanstaaten neben der im großen Umfang stattfindenden Einfuhr österreichischer Garne zu außergewöhnlich billigen Preisen, — es sind in den ersten fünf Monaten dieses Jahres nicht weniger als etwa 9 Millionen Pfund Garn auf den deutschen Markt geworfen worden — noch selten dagewesene Kaufslust gezeitigt hat, die noch zurzeit verhängt wird durch das teure Geld und die Kreditbeschränkungen der Banken. Mehr noch als die Spinnerei, die auf drei bis sechs Monate mit Aufträgen versorgt ist, leidet die Weberei unter dem Druck der bestehenden Verhältnisse, so daß der Ruf nach Einschränkung der Tuchproduktion von Woche zu Woche dringender wird, da auch die Druckereien mit neuen Aufträgen zurückhalten und mit dem vorhandenen Lager noch einige Zeit glauben auskommen zu können. Wenn nicht alles täuscht, darf man jedoch annehmen, daß ein Teil der ungenügigen Ernterzeugnisse in gar nicht ferner Zeit an Zugkraft verliert und die so lange ängstlich zurückhaltenden

Verbraucher sich mit großen Aufträgen wieder hervorwagen.

Die Kämpfe im nahen Orient können nicht von langer Dauer sein, die vorzügliche Futterernte und der viel-

versprechende Stand der Getreide-, Rüben- und Kartoffelfelder wird nicht ohne bestimmenden Einfluß auf die Nachfrage nach Textilstoffen bleiben, und da dank der Opferwilligkeit der besitzenden Klassen zugunsten der Beherrschungsvermehrung Hunderte von Millionen Mark demnächst in die einzelnen gewerbetätigen Kanäle geleitet werden und Hunderttausenden von Arbeitskräften lohnende Beschäftigung bringen, ist sogar auf eine sehr lebhaften Nachfrage nach Geweben aller Art mit ziemlicher Sicherheit zu rechnen. Ist schon, wenn die Industrie glaubt bezweifelnd zu müssen, war die Werbung zum Besseren schon da, und wer dann den Mut hatte, ohne lange Zögern die für den Käufer günstigen Umstände zu großer Abschließen auszunutzen, fand jedesmal seine volle Rechnung dabei. Ich erinnere mich, daß im November 1898, als die Baumwolle infolge der Ausichten auf eine Ernte von nochmals 11 Millionen Ballen den nie vorher gesehenen Tiefstand von drei Pence oder 28 Pfg. erreicht hatte, aus Furcht vor weiterem Sinken der Preise die glänzende Gelegenheit sich auf lange hinaus mit lächerlich billigem Rohstoff zu versorgen, nur von wenigen vorausschauenden Spinnern ergriffen wurde. Ganz ähnlich war es im Jahre 1909, wo man im Januar mit 46 Pfg. hätte kaufen können und im Dezember annähernd 80 Pfg. zahlen mußte.

Jedenfalls ist keine Veranlassung gegeben, jetzt schon Garne oder Gewebe auf Lieferung für die neue Saison unter dem wirklichen Wert abzugeben und sich einen bestimmten Verlust zu sichern, bloß um große Lieferungs aufträge im Buche zu haben, ohne zu bedenken, daß damit der Markt für die Gesamtheit der Verkäufer verdrängt wird. Es scheint mir kein großes Risiko zu sein, wenn man jetzt, zur Zeit der allgemeinen Verstimmung etwas zurückhält und bessere Verkaufsmöglichkeiten, sowie kostendeckende Erlöse für den Fabrikanten abwartet.

Es ist mir nicht möglich, heute genaue

Marktwerte für Garne und Tücher

anzugeben, da unter dem mehr oder minder gestiegenen Druck der Verhältnisse die Preise etwas auseinandergehen in der Hauptsache aber gelten noch die Notierungen der letzten Stuttgarter Börse vom 17. Juni mit 210 bis 212 Pfg. das Kilo für 36/42er und 176 bis 178 Pfg. für 20/20er prima Garne; 92 Zentimeter 19/18fädige Stature sind mit 24 bis 24 1/2 Pfg., 88 Zentimeter 16/16fädige grobe Gewebe mit 30 bis 30 1/2 Pfg. das Meter verzeichnet, alles für das dritte Quartal mit 2 Prozent Kassafonto ab Fabrik verstanden. — Für Mißschlüsse in neuer Ernte werden etwas billigere Preise zugestanden.

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten.

Simbach.

Erfolgreicher Streik des „deutschen“ Verbandes. In Simbach in Sachsen, Burgstädt, Oberfrohna und Umgegend reichte der sozialdemokratische Textilarbeiterverband am 3. Mai den Arbeitgebern der Handschuhbranche verschiedene Forderungen ein. Besondere hauptsächlich für die Zuschneider eine 57 stündige wöchentliche Arbeitszeit, eine tarifliche Regelung der Löhne und Lohnerhöhung für die durch Arbeitszeitverkürzung bedingte Lohneinbuße.

Als der Arbeitgeberverband es ablehnte, mit dem sozialdemokratischen Textilarbeiterverband zu verhandeln, geschweige einen Tarif abzuschließen, reichten auf Veranlassung dieses Verbandes die Handschuhzuschneider die Kündigung ein. Weitere Versuche zur Beilegung der Differenzen während der Kündigungszeit wurden seitens der Zuschneider nicht gemacht und der Streik wurde perfekt. Nach mehrwöchiger Dauer brach der Streik zusammen. Bedingungslos mußte auf Betreiben der sozialdemokratischen Führer die Arbeit wieder aufgenommen werden. Der Abschluß eines Tarifes wurde von den Arbeitgebern glatt abgelehnt. Auch noch nicht eine Forderung des sozialdemokratischen Verbandes wurde erfüllt. Eine ganze Anzahl Streikender blieb, weil die Arbeitsplätze besetzt waren, auf dem Straßenpflaster. Und das alles konnte geschehen, trotzdem der Geschäftsgang nach den Angaben des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes ein guter war. Im Organ des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, „Der Textilarbeiter“, stand in Nr. 23 unter der Rubrik „Monatsrevue“ folgendes zu lesen:

„Einen recht guten Geschäftsgang weisen auch die Stoffhandschuhfabriken auf... Die Handschuhzuschneider stehen in der Lohnbewegung. Der Zeitpunkt dafür ist äußerst günstig und ist zu hoffen, daß dieselbe günstig für die Zuschneider ausfällt. Auch im Burgstädter Bezirk ist überall Betrieb. Alle im Handschuhfach beschäftigten Arbeitskräfte sind reichlich mit Arbeit versehen. Arbeitsmangel herrscht nirgends; wohl aber Mangel an gelernter Arbeitskräften. Dasselbe gilt auch für den Simbacher Bezirk. Aus einem Bezirk wird dort gemeldet, daß schon wieder Aufträge für die nächste Sommer Saison eingehen.“

Also schlechter Geschäftsgang konnte nicht Schuld sein an dem Zusammenbruch des Streikes. Tatsache aber ist, daß die Fäden den sozialdemokratischen Führern schon nach 10 tägiger Dauer aus der Hand gerutscht waren. Eine große Anzahl im roten Verband organisierter Arbeiter wurde arbeitswillig, jedoch nach einigen Tagen schon 30—40 Prozent die Arbeit wieder aufgenommen hatte. Darüber ließ man selbstverständlich nichts in sozialdemokratischen Zeitungen. Tatsache ist ferner, daß die öffentliche Meinung, mit der doch bei Lohnkämpfen gerechnet werden muß, nicht auf Seiten der Streikenden war. Bis in weite Kreise (selbst sozial-

demokratisch organisierter Arbeiter) konnte man die Meinung hören, der Streit wäre leichtsinnig veranlaßt, bei klugem Taktieren nach gesunden gewerkschaftlichen Grundsätzen hätte man ohne Streit mehr erreichen können. Daher erklärt sich auch die große Anzahl von Arbeitswilligen aus dem sozialdemokratischen Textilarbeiterverband.

Mögen die Arbeiter in der Verärgerung der gewerkschaftlichen Sache nicht Palet sagen, sondern sich einem Verbands angeschlossen, welcher in vernünftiger Weise für die Interessen seiner Mitglieder eintritt. Und das ist der christlich-nationale Textilarbeiterverband.

Aus unseren Bezirken.

Textilindustrie und Gewerbeaufsichtsamt in Baden.

Die jährlich erscheinenden Berichte des Gewerbeaufsichtsamtes bezeugen sowohl in der Arbeiterchaft, als auch in den Kreisen, die sich mit sozialen Fragen beschäftigen, regstem Interesse. Der Bericht des badischen Gewerbeaufsichtsamtes bietet sowohl hinsichtlich des gebotenen Materials, als auch was Anordnung des Stoffes anbelangt, wertvolle Fingerzeige, weshalb auch hier eine kurze Besprechung geeignet erscheint.

In den letzten Jahren ist in der Bezeichnung eine Aenderung eingetreten. Es heißt nicht mehr wie früher Fabrikinspektion bzw. Fabrikinspektor, sondern Gewerbeaufsichtsamtsamt bzw. Gewerbeinspektor. Notwendig wurde diese Aenderung dadurch, weil Pflicht und Auftrag die Beamten der Fabrikinspektion auch in die Werkstätten des Handwerks, in die Heimarbeit, in die Werkstätten der Kleider und Wäschekonfektion, auf Bauten, in Steinbrüche usw. führten und weil man Anstoß daran nahm, daß in kleine nicht fabrikmäßige Anlagen der Fabrikinspektor erschien.

Bezüglich der allgemeinen

Tätigkeit des Gewerbeaufsichtsamtes

Es festzustellen, daß die Zahl der Reisetage der Beamten von 1510 im Jahre 1911 auf 1531 im Jahre 1912 gestiegen ist. Die Zahl der für die Betriebe erlassenen Auflagen betrug 4239 gegen 4358 im Vorjahre und zwar wurden diese Auflagen erlassen für 2015 Betriebe. Von den Auflagen wurden 1306 zur Verhütung gesundheits-schädlicher Einflüsse erlassen als da sind: Beleuchtung 11, Lüftung 31, Staubbeseitigung 23, Beseitigung von Rauch, Dämpfen und Gasen 33, Reinhaltung von Arbeits- und Aufenthaltsräumen usw.

Ferner wurden zum Zwecke der Unfallverhütung 1413 Auflagen erlassen. Außerdem erließ das Gewerbeaufsichtsamtsamt 1520 Auflagen zum Allgemeinschutz der Arbeiter.

Die

Gesamtzahl der in der badischen Textilindustrie beschäftigten Personen

betrug im Berichtsjahre 35 899 = 12,7% der Gesamtarbeiterchaft. Textilindustrielle Anlagen waren 239 vorhanden.

Aus dem Kreise der Arbeiterschaft liefen 148 Schriftsätze über Mißstände in gewerblichen Anlagen ein und zwar 60 unmittelbar von Arbeitern und 78 von ihren Vertretungen, Organisationen usw. Außerdem wurden 10 Beschwerden durch Arbeiter mündlich vorgebracht. Zu mündlichen Verhandlungen erschienen 234 Arbeiter und aus dem Arbeiterstande 16 Personen, zum Teil Vertreter der Organisationen. Von den 148 Beschwerden waren 55 völlig und 34 teilweise begründet, 36 erwiesen sich als nicht begründet, 23 Fälle sind noch nicht erledigt.

Vielfach trifft man in Arbeiterkreisen eine gewisse Aengstlichkeit an, mit dem Gewerbeaufsichtsamtsamt in Verbindung zu treten. Man befürchtet Unannehmlichkeiten im Betriebe. Wenn diese Aengstlichkeit überwunden sein wird, dann wird sich auch der Verkehr der Arbeiter mit dem Gewerbeaufsichtsamtsamt steigern.

Als beachtenswerte Tatsache sei festgestellt, daß auch im letzten Jahre

die Zahl der Betriebe

mit mindestens 10 Arbeitern und der diesen gleichgestellten Anlagen, wie auch die Zahl der Arbeiter gestiegen ist. Im Jahre 1911 waren 11389 Betriebe mit 263 880 Arbeitern vorhanden. Im Berichtsjahre sind es jedoch 12092 Betriebe mit 276 037 Beschäftigten. Davon sind etwa 12000 männliche Arbeiter 177 338; erwachsene weibliche 73 431; 25 078 junge Leute, davon 14 788 männliche und 10 299 weibliche; 181 Kinder, davon 110 männliche und 71 weibliche. Die Gesamtzahl der beschäftigten Kinder ist gegen das Vorjahr etwas gestiegen und zwar sind die männlichen von 82 auf 110 und die weiblichen von 63 auf 71 gestiegen.

Vielfach begegnet man dem Uebelstande, daß anonyme Beschwerden an das Gewerbeaufsichtsamtsamt eingeschickt werden. Ein organisierter Arbeiter kennt die Wege, um eine nach Form und Inhalt angemessene und sachliche Beschwerde an die richtige Adresse zu bringen. Tabellarische Zusammenstellungen geben Aufschluß über

die in Baden im Jahre 1912 stattgefundenen Streiks und Ausperrungen,

wie über die abgeschlossenen Tarifverträge, welche zur Kenntnis des Gewerbeaufsichtsamtes gelangten. Demnach streiften sich 83 Streiks und Ausperrungen auf 254 Betriebe, von denen 68 stillgelegt wurden. Die Zahl der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter beträgt 7720, jedoch die Höchstzahl der gleichzeitig Streikenden bzw. Ausgesperrten nur 4180. Die Dauer dieser wirtschaftlichen Kämpfe bewegte sich zwischen 1/2 Tage und 16 Wochen. In 52 Fällen war die Lohnfrage, in 11 Fällen die Arbeitszeit die Ursache der Differenzen. In 12 Fällen wurde ein Tarifvertrag gefordert. Im Berichtsjahre wurden nach vorliegendem Material 14

Kollektivverträge und 15 Einzelverträge abgeschlossen oder erneuert.

Von den

Angaben über den Beschäftigungsgrad

interessieren uns besonders, daß die Seidenband-industrie nicht gleichmäßig beschäftigt war. Soweit sie der herrschenden Mode gerecht wurde, hatte sie steh-weißen Andrang von Aufträgen für die Webereien und Färbereien zu überwinden.

Die Seidenstoffwebereien waren mit ihrem Geschäftsgange zufrieden und begrüßten als ein erfreuliches Zeichen des wirtschaftlichen Aufschwunges die Tatsache, daß im Gegensatz zu den letzten Jahren vorwiegend gute und nicht so hoch beschwerte Ware verlangt wird.

Eine Trikotwarenfabrik der Seegegend ist gut beschäftigt, da sie während des italienisch-türkischen Krieges in der Türkei die mit einem Wertzoll von hundert Prozent belegte italienische Konkurrenz aus dem Felde schlagen konnte.

Die gegen Ende des vergangenen Jahres in der Baumwollindustrie einsetzende leichte Besserung hielt im Berichtsjahre wesentlich an. Einzelne Betriebe mußten wegen außergewöhnlicher Häufung der Arbeit vorübergehend zur Ueberarbeit schreiten.

Der Beschäftigungsgrad der Stoffdruckereien war zufriedenstellend. Größere unerwartete Auslandsaufträge gaben der Nähseidenindustrie gute Beschäftigung. Teilweise wurde Ueberarbeit notwendig wegen des all-gemein beklagten Mangels an weiblichen Arbeitskräften.

Die Gründung einer Seidenweberei in einer Uhrenindustrieregion des Schwarzwaldes führte zu be-sonderen Klagen der Uhrenfabrikanten wegen der neuen Konkurrenz, um die ohnehin schwer zu gewinnenden weiblichen Arbeitskräfte.

Bezüglich der Arbeitszeit ist zu bemerken, daß die ungeteilte Arbeitszeit an Samstagen und Vortagen von Festtagen sich immer weiter ausbreitet.

Eine nennenswerte Forderung der Gewerbe-gerichte als Einigungsämter ist im Berichtsjahre nicht zu verzeichnen.

In dem Abschnitte über die

Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen

ist bezl. der Ueberarbeitsgesetze gesagt, daß dieselben im Berichtsjahre sehr erheblich waren. Die Textil-industrie hatte ein großes Bedürfnis nach Ueber-arbeit in den vorbereitenden Betrieben, der Dreherei und Kettenmacherei, nicht zuletzt wegen Mangel an ein-geleiteten Arbeitskräften.

Verschiedene größere Betriebsunfälle in der Textil-industrie weist der Bericht auf.

Soweit ein kurzer Auszug aus dem umfangreichen Berichte des Gewerbeaufsichtsamtes in Baden. Auf-merksam gemacht sei auch noch darauf, daß der Bericht noch viel beachtenswertes Material enthält. Den Orts-gruppen unseres badischen Verbandsbezirk ist deshalb zu empfehlen, den Bericht für die Bibliotheken zu be-schaffen. Ebenfalls ist eine Besprechung in den Ver-sammlungen sehr wertvoll. Hierdurch wird das Interesse der Arbeiterschaft für den staatlichen Arbeiterschutz und für die Gewerbeinspektion gefördert und gestärkt. Da-durch gestaltet sich deren Tätigkeit noch wirksamer, nicht zuletzt im ureigensten Interesse der Arbeiter selbst.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Burbach (bad. Albtal). Eine sehr anregende Ver-sammlung hielt unsere Ortsgruppe, am Freitag, den 11. Juli, ab. Unser Kassierer Kollege Rabold gab eingangs den Rechenschaftsbericht des zweiten Quartals.

Nach einem Bericht über den gegenwärtigen Stand der Bewegung, dem sich eine Aussprache anschloß, wurde eine für unsern Ort und speziell für die hiesige Arbeiterschaft wichtige Frage behandelt. Seit Jahren schon ist es der Wunsch der hiesigen Einwohnerschaft, einen kürzeren als den vorhandenen Weg zum Bahnhof Marzell zu erhalten. Selbiger ist mit verhältnismäßig wenigen Mitteln zu errichten. Dadurch würde sich der täglich zu gehende Weg um die Hälfte ver-kürzen. Eine dahingehende Eingabe an die Gemeinde-verwaltung ist vor längerer Zeit unfererseits gemacht worden. Dieselbe steht dem Projekt sympathisch gegenüber. Schwierig-keiten ergeben sich nurmehr wegen eines Ueberganges über den Schienenstrang der Albtalbahn. Daher wurde beschlossen, an die Badische Lokaleisenbahn-Gesellschaft eine Eingabe zu machen, auch ihrerseits dem jahrelangen Wunsche der hiesigen Einwohnerschaft nachzukommen. Mit dem allseitigen Ver-sprechen, kräftig für den Verband weiter zu arbeiten, fand nach Abfindung einiger Gewerkschaftsmitglieder die zahlreich besuchte Versammlung ihren Abschluß.

Chemnitz. Eine wichtige Ver-sammlung. 1. Bericht über die in Zwickau abgehaltene Arbeiterinnen-Konferenz. 2. Vortrag des Kollegen Melcher-Breiz. 3. Verschiedenes. Das war die Tagesordnung für unsere Versammlung am 28. Juni. Nach Abfindung eines gemeinschaftlichen Biedes eröffnete der Vorsitzende Kollege Maul die Versammlung und gab der Kollegin Krautschneider das Wort zum 1. Punkt der Tagesordnung. Diese entledigte sich ihres Auftrages zu aller Zufriedenheit. Anschließend daran wurde die Kollegin Kraut-schneider als Ortsgruppenberichterstatlerin gewählt und nahm diese die ihr angetragene Wahl an. Alsdann sprach Kollege Melcher über das Thema: „Prinzipielle Kämpfe und Erfolge der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1912.“ In seinem Vortrage erörterte Kollege Melcher alle für die christliche Gewerkschaftsbewegung einschneidenden Ereignisse. Die Reichstagswahlen, der Bergarbeiterkampf im Ruhrrevier, der Gewerkschaftstreit, zogen am geistigen Auge der Zuhörer vorüber. Aber auch die Erfolge, die in den Neugründungen verschiedener Berufsverbände bestehen, wurden erwähnt. Zum Schluß wies Kollege Melcher darauf hin, daß nunmehr keinerlei Veranlassung vorliegt, noch länger mit den Vorarbeiten zu einer energischen Hausagitation zu warten. Unter „Verschiedenes“ machte der Vorsitzende bekannt, daß in Zukunft alle Kranken- und Arbeitslosenfälle bei der Orts-gruppenkassiererin Kollegin Krautschneider zu melden sind. Deren Wohnung befindet sich am Plan 8. Außerdem wird beschlossen, die Ortsgruppe als Mitglied dem sozialen Aus-

schuß anzugliedern. Ende Juli oder Anfang August soll ein Auszug nach der Ortsgruppe Vimbach unternommen werden.

Cottbus. Volksversicherung und Gewerbe-gerichts-wahlen. Unsere Ortsgruppe hielt am 12. Juli ihre Monatsversammlung ab. Nach Erledigung einiger Vereinsangelegenheiten wurde den Mitgliedern mitgeteilt, daß vor einigen Tagen die „Deutsche Versicherungs-V.-G.“ vom kaiserlichen Aufsichtsamt für Privatversicherung die Genehmigung erhalten hat, in Deutschen Reiche und den Kolonien das Volks-Versicherungsgeschäft zu betreiben. Die christlichen Arbeiterorganisationen stehen mit der „Deutschen Volksversicherung-V.-G.“ in einem Vertragsverhältnis. Außer Mitgliedern und ihren Familien können auch beliebige Privat-personen aus allen Berufen und Ständen eine Volksversiche-rung mit dem christlichen Textilarbeiterverband abschließen. Nach Tarif I, einem Alter von 25 Jahren und einer 14-tägigen Prämie von 1 M. und einer Prämienzahlung von 15 Jahren kommen beim Todesfall 630 M. zur Auszahlung, bei einer Prämienzahlung von 20 Jahren beim Todesfall 740 M., bei einer Prämienzahlung von 25 Jahren beim Todesfall 810 M., bei einer Prämienzahlung von 30 Jahren beim Todesfall 855 M. Es wurde den Mitgliedern empfohlen, für sich und ihre Kinder nur mit dieser Gesellschaft Versicherungsverträge abzuschließen.

Dann erhielt der Gewerkschaftssekretär Kollege Fassbender (Fosch) das Wort zu einem Vortrage über „Gewerbegerichte“, worin er die Wichtigkeit und Notwendigkeit derselben hervor-hob und über ihre Erfolge berichtete. Im Jahre 1910 wurden 11487 Klagen eingereicht, davon 106725 von Arbeitern gegen Arbeitgeber, 7857 von Arbeitgebern gegen Arbeiter, 305 von Arbeitern gegen Arbeiter. Im Jahre 1910 wurden 48480 Vergleiche abgeschlossen, 3263 Beschlüsse, 1533 Anerkenntnisse, 11723 Versäumnisurteile, 17767 Emdurteile gefällig. Ein besonderer Vorzug der Gewerbegerichte ist deren Verpflichtung, nach Möglichkeit zu versuchen, einen gütlichen Vergleich unter den Parteien herbeizuführen, außerdem sollen sie grundsätzlich darauf achten, daß in zweifelhaften Fällen dem schwächeren Teil das Recht zugesprochen wird. Zum Schluß wurden die Mitglieder aufgefordert, sich bei der bevorstehenden Gewerbegerichts-wahl nicht nur Mann für Mann an der Wahl sich zu beteiligen, sondern auch nach Kräften dahin zu wirken, daß jeder auf nationalem Boden stehende Arbeiter seine Pflicht tut und die für seine Ueber-zeugung in Betracht kommende Liste berücksichtigt.

Cuppen. Gemeinsamer Kohlen- und Brickett-bezug. Diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die sich an dem diesjährigen Kohlen- und Brickettbezug beteiligen wollen, bitten wir um frühzeitige Anmeldung. Die Preise stellen sich für prima Hausbrandkohlen pro Scheffel 88 1/2 Pfg., große Bricketts 2,20 M., kleine Bricketts 0,80 M. Bestellungen nehmen entgegen: Math. Frisch, Marktplatz 25, Joh. Förster, Pavesstr. 37, Phil. Falkenberg, Mengraben 7, Joh. Wittkind, Haagen 34, Leo Nießen, Montjoierstr. 12, Math. Bohn, Eichelgasse 2, Franz Bartolemy, Bergstr. 36.

Krefeld. Die Krefelder Färbereibewegung und das freiwillige Spiel des sozialdemokratischen Textilarbeiter-verbandes mit den Interessen der niederrheinischen Textil-arbeiterchaft. So lautete das Thema unserer Versammlung vom 18. Juli. Die Versammlung wies einen sehr guten Besuch auf. Die Sozialdemokraten hatten auch an die 100 Leute von Krefeld, Deft, St. Lönis, Greifath usw. zur Versammlung dirigiert. Kollege Heutmann-Düsselborf hielt ein einstündiges Referat. Er führte den Beweis, daß das Verhalten des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes in der Färbereibewegung ein durchaus verträgliches gewesen sei. Ganz besonders beleuchtete er auch die Kampfesweise der Genossen gegen den christlichen Verband. Die Versammlung sollte den Ausführungen in ihrer übergroßen Mehrheit tosen-den Beifall.

An der Diskussion beteiligten sich auch vier Redner von den gegnerischen Organisationen. Der erste Redner, ein Herr Alfers aus Krefeld, mochte noch hingenommen werden. Der zweite aber, Herr Hendrichs, zitierte geradezu ein Schimpf-wörterlexikon. Er ging soweit, daß die Versammlung beschloß, seinen Vertreter des sozialdemokratischen Verbandes mehr zu Worte kommen zu lassen. Daraufhin verließen die „Führer“ mit ihrem Anhang das Lokal. Sodann konnte die Ver-sammlung wieder ruhig und parlamentarisch weiter tagen, obgleich auch jetzt noch zwei Redner der „Freien Vereinigung“ zu Worte kamen, die unter anderem das Verhalten der sozial-demokratischen Verbändler in der Versammlung entschieden verurteilten. Folgende Resolution wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen: „Die heutige, zahlreich besuchte, öffent-liche Versammlung der christlichen Gewerkschaften Greifaths spricht dem christlichen Textilarbeiterverbande für sein man-nhaftes und kluges Verhalten in dem Färbereikampfe in Krefeld uneingeschränktes Vertrauen und volle Anerkennung aus. Sie verurteilt mit aller Entschiedenheit die gewissenlose, die Interessen der Arbeiter aufs schwerste schädigende Taktik des sozialdemokratischen Verbandes. Die Versammlung macht die Leitung des sozialdemokratischen Verbandes allein verantwor-tlich für die gewaltigen Schäden, die in Krefeld über die Arbeiter hereingebrochen sind. Die Versammlung ist empört über das unanständige Verhalten, das in der Diskussion einige Vertreter des sozialdemokratischen Textilarbeiter-verbandes, speziell der Genosse Hendrichs, an den Tag gelegt haben. Die Versammlung hat auch aus diesem Verhalten der Vertreter des sozialdemokratischen Verbandes den Schluß gezogen, daß es der Leitung dieses Verbandes nicht möglich ist, ihre Taktik in Krefeld mit sachlichen Gründen zu rech-tfertigen. Die Versammlung verpflichtet, nach wie vor an der Stärkung und Ausbreitung des christlichen Textilarbeiter-verbandes unermüdetlich tätig sein zu wollen.“

Kaldenkirchen. Da auch hier in der Umgegend versucht wurde, den Zentralverband christlicher Textilarbeiter wegen seiner Haltung bei der verfrachten Krefelder Färbereibewegung zu verdächtigen, hielt der hier bestehende Soziale Ausschuss es für angebracht, für Aufklärung zu sorgen. Er berief des-halb auf Sonntag, den 20. Juli, vormittags 11 Uhr eine große christlich-nationale Arbeiterversammlung ein. Dieselbe war sehr gut besucht. Kollege Röös aus Krefeld behandelte in einstündigem Vortrage den Hergang und Verlauf des Kampfes. Treffend wurde nachgewiesen, daß der christliche Textilarbeiterverband korrekt gehandelt hätte und im Interesse der Arbeiter bzw. seiner Mitglieder verpflichtet war, so zu handeln. Die Führer dieses Verbandes hätten verdient, davon gesagt zu werden, wenn sie das an Willkürigkeit grenzende Verhalten der Genossen mitgemacht bzw. unter-stützt hätten. Gründlich ging der Redner mit der Taktik der Genossen ins Gericht. Die Anwesenden ermahnen, immer den Genossen gegenüber auf der Hut zu sein und sich von ihnen nicht mit Phrasen bezaubern zu lassen, schloß Redner seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen. Die leb-hafte Diskussion, die nun einsetzte, bewegte sich im zustimmen-den Sinne. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute in Kaldenkirchen (Rheinland) stattfindende christlich-nationale Arbeiterversammlung erklärt sich nach den

Ausführungen des Referenten, Kollegen Böhs, mit der Haltung des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter anlässlich des Krefelder Färberstreiks voll und ganz einverstanden. Sie erblickt in dem ganzen Verhalten des roten Textilarbeiterverbandes einen erbärmlichen Arbeitererrat, den sie tief bedauert. Um in Zukunft solchen Verrat unmöglich zu machen, gelobt Versammlung mit neuem Mut und Begeisterung für die Erstarkung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung tätig zu sein.

Landeshut. S. Die tapferen Genossen! Schwer auf die Nerven gefallen sind dem „deutschen“ Textilarbeiterverband unsere Flugblätter, die über die wahren Vorgänge in Krefeld Klärung verbreiteten. Wie konnten sich aber auch die Christlichen unterziehen, nicht nur die eigenen Mitglieder, sondern auch die Unorganisierten und sogar die Mitglieder des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes in dessen Domänen mit diesem aufklärenden Material zu versorgen? So eine Freveltat mußte gerochen werden. Aber wie? Nach langem Grübeln hatte man es endlich ausgeklübelt. So mußte es gehen. Es wurde eine Versammlung einberufen und der Arbeiter-schaft im allgemeinen und den Christlichen insbesondere vollste Redefreiheit zugesichert. Mit einer riesigen Resonanz wurde die Versammlung bekannt gemacht und auf den Plakaten besonders hervorgehoben, daß der Gewerkschaftssekretär Jungnickel aus Neustadt schriftlich eingeladen sei, „um sich wegen der in den Flugblättern enthaltenen Behauptungen zu rechtfertigen“. Man konnte ordentlich Respekt bekommen vor dem Mut der „Genossen“, wegen ihrer standhaften Streikattitüde noch in eine öffentliche Diskussion einzutreten. Doch man soll den Tag nicht vor dem Abend und eine sozialdemokratische Versammlung nicht vor ihrem Ende loben. Dies Wort bewahrheitete sich in einer für die Genossen recht blamablen Weise.

Am 25. Juni fand diese Versammlung im nahen Bogelsdorf statt. Nicht weniger als vier Beamte hatten sich die Genossen herangeholt, um die sonst als bedeutungslos hingestellten Christlichen tot zu reden. Von den über 3000 hier beschäftigten Textilarbeitern und Arbeiterinnen waren nicht ganz 250 der Einladung gefolgt. Darunter auch eine Anzahl von unsern Mitgliedern. Die Mehrzahl unserer Leute waren allerdings zu Hause geblieben, weil sie den Versicherungen der Genossen hinsichtlich freier Diskussion absolut keinen Glauben mehr heimeßen. Sie sollten auch Recht behalten. Denn schon bei der Eröffnung der Versammlung, die ohnehin hinausgezogen wurde, machte der Versammlungsleiter, Geschäftsführer Scholz, bekannt, daß die Diskussionsredner nur 10 oder 15 Minuten sprechen sollen. Darob natürlich erstaunte Gesicht, auch bei seinen Mitgliedern und Protest von unserer Seite.

Nach dem zwar immerhin sachlichen, aber recht lächerlichen und beschämenden Referat des Gauleiters Frisch vom „deutschen“ Textilarbeiterverband sprach unser Bezirksbeamter, Kollege Jungnickel aus Neustadt, die gleiche Zeit und half dem Gedächtnis des Referenten etwas nach. Rücksichtslos bedachte er die Schandtat des „deutschen“ Verbandes bei der Färberbewegung in Krefeld und bei anderen Bewegungen auf, so gut es bei der Kürze der Zeit möglich war. In der Zwischenzeit hatte sich unser Kollege Fäßbender aus Forst zu Wort gemeldet. Wieder suchte der Versammlungsleiter die Redezeit zu beschränken. Als ihm dies nicht gelang, da seine eigenen Mitglieder offensichtlich dagegen waren, erteilte er kurzerhand dem eigens aus Rangensbielam herbeigeholten Christentöter Lang das Wort zu seiner Verschleppungsrede. Die war allerdings auch danach. Mit einem riesigen Buch bewaffnet, aus dem er seitenlange Zitate vorlas, schwafelte er über fünfviertel Stunden lang von Arbeiterkongressen, Katholikentagen, Zentrumsbeiräten und Sonstigem, dabei die Begriffe fortwährend durcheinander werfend, so daß man ordentlich Mitleid mit ihm haben konnte. Selbst die eigenen Mitglieder konnten das auf die Dauer nicht vertragen und namentlich die jüngeren drückten sich einflüßelnd, um pöchenweise den Sommerabend zu genießen. Mit der Tagesordnung hatten seine Ausführungen fast garnichts gemein. Endlich hatte diese Dual ein Ende und als die Christlichen noch nicht tot waren, sondern erst recht das Wort verlangten, da machten die „Genossen“ mit brutaler Rücksichtslosigkeit der ganzen „freien“ Diskussion ein Ende. Obwohl von unserer Seite nur Kollege Jungnickel zu Wort gekommen war, schlug Herr Scholz die Annahme einer Resolution vor, trotzdem auch noch Wortmeldungen vorlagen. Ueber die Resolution wurde abgestimmt, ohne daß sie zur Diskussion gestellt worden wäre. Die Resolution enthielt auch einen für die christlichen Arbeiter recht schmeichelhaften Passus, wonach die letzteren nicht berechtigt seien, einen höheren Lohn zu fordern, da sie im Gegensatz zu den Krefelder Färbern keine Qualitätsarbeiter seien. In den Berichten über diese Versammlung in der sozialdemokratischen Presse lautet die Resolution allerdings wesentlich anders. Man hat hinterher „korrigiert“.

Nach Annahme dieser Resolution durch die in der Mehrzahl anwesenden „Genossen“ wollte man dem Kollegen Jungnickel noch ganze 10 Minuten Redezeit gewähren. Dem Kollegen Fäßbender aus Forst aber wurde das Wort nicht erteilt, da er — man höre und staune — ungeschicklich gesprochen und die Versammlung beschimpft habe. Dabei war Kollege Fäßbender außer einer Bemerkung zur Geschäftsordnung überhaupt noch nicht zu Wort gekommen. Er hatte sich abfällig über die Zwischenzeit en' Alca, um keine Gelegenheit zur Wortentziehung zu geben. Unter diesen Umständen verzichtete auch Kollege Jungnickel auf die 10 Minuten Redezeit, kündigte den Sozis aber an, daß sie so leichten Kaufs nicht davonkommen. Das wortbrüchige Verhalten ihres „gebildeten“ Führers machte auch auf den vernünftigen Teil der „Genossen“ einen peinlichen Eindruck.

Um eine wirklich freie Aussprache über die Vorgänge in Krefeld und bei anderen Textilarbeiterbewegungen zu ermöglichen, wurde von unserer Seite nun acht Tage später, am 2. Juli, eine Versammlung nach dem Schützenhause einberufen, die auch gut besucht war. Herr Geschäftsführer Scholz vom „deutschen“ Textilarbeiterverband erschien wohl auf die schriftliche Einladung hin, aber wie sich bald herausstellte, hatte er seinen Rückzug schon vorbereitet. Kollege Reineck eröffnete die Versammlung, die als Fortsetzung der sozialdemokratischen Versammlung zu betrachten sei, in der man entgegen der öffentlichen Bekanntmachung die freie Aussprache verhindern habe. Unter dem Vorwande, zur Geschäftsordnung sprechen zu wollen, erschlich sich Herr Scholz das Wort, um eine polemische Erklärung gegen die Christlichen zu verlesen und dann — zu verduften.

Zum Schluß forderte er seine Genossenschaftsgenossen auf, mit ihm das Lokal zu verlassen. Wenn Herr Scholz aber erwartet hatte, der Saal würde nun leer werden, da hatte er sich gewaltig getäuscht. Die Hälfte der Versammlungsbesucher blieb sitzen und begleitete den tapferen Rückzug der Genossen mit schallendem Gelächter und launischen Bemerkungen. Rings hielten diese an der Tür stehen, um offenbar durch die bekannten Mittelchen die Versammlung zu fördern. Es wurde aber Herr Scholz mit seinen Genossenschaftsgenossen

bedeutet, entweder hübsch im Saal zu bleiben und sich ruhig zu verhalten oder den Saal ganz zu verlassen. Es bedurfte erst dreimaliger Aufforderung, ehe sich Herr Scholz endlich zum völligen Rückzug statt zur freien Aussprache bequimte. Nun konnte die Versammlung abgehalten werden. Zunächst stellte der Referent, Kollege Fäßbender, einige in der vorigen Versammlung gemachten falschen Behauptungen des Herrn Lang richtig, um dann in einem längerem Vortrage einmal gründlich die arbeiterschädigende Streikattitüde des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes zu beleuchten. Angesichts der vorgebrachten Beweise für die Schandtat dieses Verbandes wurde den noch anwesenden Genossen ganz schwillig zumute, und da sie ihren Verband nicht reinwaschen konnten, drückten sie sich einzeln.

In der Diskussion äußerte sich Herr Redakteur Mandel von der „Landeshuter Zeitung“ in zustimmendem Sinne und zeigte an Beispielen, die er als früheres Mitglied und Angehöriger der sozialdemokratischen Partei erlebt hat, wie die Arbeiterfreundlichkeit der Sozialdemokratie in Wirklichkeit aussieht und bis zu welchem Grade der Stolz und die Ueberhebung der führenden Genossen schon geblieben ist. Lauter Beifall lohnte den Referenten wie auch den Diskussionsredner für die interessanten Ausführungen, worauf folgende Resolution mit allen gegen die Stimmen zweier noch im Saale anwesender Genossen angenommen wurde: „Die heute, Mittwoch, den 2. Juli, im „Schützenhause“ zu Landeshut versammelten Textilarbeiter und -Arbeiterinnen haben mit Freuden die Gelegenheit wahrgenommen, sich von dem wahren Sachverhalt bei der Krefelder Färberbewegung zu überzeugen, was durch das Referat des Kollegen Fäßbender möglich war. Sie erkennen die Haltung des christlichen Textilarbeiterverbandes in dieser Bewegung als einzig richtig an und verurteilen die arbeiterschädigende Attitüde des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes auf das entschiedenste. Sie geloben weiter, nach Kräften für die Stärkung des christlichen Textilarbeiterverbandes zu arbeiten.“

Nach einem kurzen Schlußwort des Kollegen Jungnickel wurde die Versammlung geschlossen, die uns noch einige Aufnahmen brachte.

Reichenbach (bad. Albthal). Zu einer imponanten, eindrucksvollen Kundgebung gestaltete sich unsere am 3. Juli in der Krone abgehaltene öffentliche Versammlung. Nachdem der Vorsitzende, Kollege Weber, die zahlreich erschienenen begrüßt hatte, besprach Gesamtverbandssekretär Erjing Karlsruhe in einstündigem, wohlüberdachten Vortrage die Aufgaben unserer Gewerkschaftsbewegung. Redner entwarf einen Ueberblick auf die gewaltigen Umwälzungen, die in wenigen Jahrzehnten im Wirtschaftsleben Deutschlands sich vollzogen haben. Aus diesem Gären und Weben heraus erwuchs ein neuer Stand, der Arbeiterstand, der durch die Not der Zeit zur Erkenntnis gebracht, sich zu gewaltigen Organisationen zusammenschloß, um durch die Konzentration seiner Macht Einfluß zu gewinnen auf die Gestaltung seiner wirtschaftlichen Verhältnisse. Vieles sei erreicht, besonders durch das Wirken unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung, aber noch mehr könne erzielt werden, wenn die Hunderte von gleichgültigen Arbeitern sich zumutmaß und begeistert an der Standesarbeit unserer Gewerkschaften beteiligen. Nicht lediglich materieller Natur seien unsere Aufgaben, sondern mehr noch ideeller Art. Geistige Bildung des Arbeiterstandes sei einer der Hauptwerte unserer Bewegung, denn nur ein geistig hochstehender Arbeiterstand vermag den Stürmen der Zeit standzuhalten. Um diesem Ziele näher zu kommen und das Eis, das so manches Arbeiterherz festsetzt, zu brechen, seien besonders die Organisierten zur Wirksamkeit, zur unermüdblichen, systematischen Arbeit verpflichtet, die gerade in unserem schönen Albthal noch manchen Erfolg verspreche. Hierbei dürfe keiner zurückbleiben, sondern alle müßten dahinwirken, daß die gewerkschaftliche Bewegung immer im Zeichen erfreulichen Fortschritts stände. Den beifällig aufgenommenen Ausführungen folgten einige gemeinschaftliche Lieder. Mit Befriedigung über das heute Gehörte, sowie über den erfreulichen Besuch konnte der Vorsitzende die Versammlung schließen.

Schöllbrunn (bad. Albthal). Zu mancher Klage gibt den Leitungen der Ortsgruppen die Tatsache Anlaß, daß die Kolonnen sich an den Versammlungen zu wenig beteiligen. Von unserer Ortsgruppe kann solches nicht behauptet werden. Im Gegenteil, zahlreich waren dieselben in unserer jüngsten Versammlung am 9. Juli zur Stelle und unsere männlichen Mitglieder dürfen sich daran ein Beispiel nehmen. Größtenteils und geleitet wurde dieselbe vom Kollegen Wipfler. Nach Belesung des Protokollles ersetzte der Kassierer Kollege Schiebener den Rapportbericht des zweiten Quartals. Ueber unsere Attitüde, sowie über den Stand der Bewegung berichtete unser Lokalbeamter.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Ständige Zunahme der Frauennarbeit. Die Berufsarbeit der Frauen erzählt in den gewerblichen Berufen einen dauernd steigenden Zuwachs. Die Anzahl weiblicher in den gewerblichen Berufen beschäftigten weiblichen Arbeiter ist in Preußen 1907 bis 1911 gestiegen von 650,547 auf 748,328, also um 97,781 Personen. Während die weiblichen Arbeiter 1907 nur 17,5% der Gesamtarbeiterausmachten, waren es 1911 bereits 18,02%. Die Zahl der weiblichen Personen, die in den gewerblichen Berufen als Arbeiter tätig waren, betrug in den Jahren 1907 bis 1911:

Jahr	Erwachsene über 16 Jahre	Jünglinge von 14-16 Jahren
1907	573,180	76,205
1908	570,483	75,778
1909	594,428	79,045
1910	629,439	84,441
1911	660,508	86,799

Jahr	Kinder unter 14 Jahren	Insgesamt weibl. Arbeiter
1907	1162	650,547
1908	893	647,054
1909	824	674,297
1910	931	714,811
1911	1021	748,328

Während die Anzahl der erwachsenen männlichen Arbeiter 1907 bis 1911 nur einen Zuwachs von 10,5% aufweist, betrug dieser bei den erwachsenen weiblichen

Arbeitern 87,328 oder 15,23%. Besonders stark werden von dem Anwachsen der weiblichen Arbeiter-schaft erfasst das Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe, die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel, Maschinenindustrie und die Papierindustrie. Eine ganz geringe Steigerung der weiblichen Berufsarbeit zeigt sich im Bergbau, der Industrie der Steine und Erden und im Baugewerbe.

Versammlungskalender.

- Amern-St. Georg. 27. Juli, 10 1/2 Uhr, bei Ww. Bernhardt, Klassen, Generalversammlung.
- Wahrenth. 9. August, 1/28 Uhr, im evangelischen Vereins-haus.
- Wohlfingen. 25. Juli, 8 Uhr, im Lokale „Zur Krone“.
- Forst (Kaufh). 29. Juli, 8 1/4 Uhr, bei Graßmann (Gerberstraße 26).
- W.-Glabbach-Lirrip. 3. August, 11 Uhr, bei Peter Hülfen (an der Kirche).
- W.-Glabbach-Wenn. 26. Juli, 1/29 Uhr, im Lokale L. Wefers, Poeth.
- Sardt. 27. Juli, 6 Uhr, bei Gustav Neuen.
- Sehn. 26. Juli, 1/29 Uhr, im Lokale von Magdalena Bösch, Gerboldsheim. 27. Juli, 3 Uhr, im Gasthaus zum Löwen.
- Solt. 9. August, 8 1/2 Uhr, im Lokale David Urex, Generalversammlung.
- Langensteinbach (bad. Albthal). 26. Juli, 8 1/2 Uhr, im Lokale „Grüner Baum“, öffentliche Versammlung.
- Rehdt. 27. Juli, Ausflug nach Heiligenpeich-Sehn mit Familie. Anreten 1/2 Uhr bei Erdmann in Schriesers, Abmarsch 2 Uhr.
- Singen (a. S.). 26. Juli, 2 Uhr, im kath. Vereinshaus.
- Waals. 26. Juli, 8 1/2 Uhr, bei Arn. Gillissen.
- Wanko. 27. Juli, 10 1/2 Uhr, bei Anton Nalben.
- Wassenberg. 27. Juli, 4 Uhr, im Lokale Strack, Versammlung, Gewerkschaftsfekt.
- Wegberg. 27. Juli, Ausflug nach Wassenberg. Sammelplatz: Wirtschaft Heinrichs in Klinikum. Abmarsch daselbst 1/22 Uhr.
- 3. August, 10 1/2 Uhr, im Wegberger Hof.
- Wickrath. 3. August, 10 1/2 Uhr, bei Bönnendonker, Generalversammlung.

Literarisches.

„Note Streikattitüde.“ So lautet ein Broschürchen, das von unserm Verbands herausgegeben wird. Das Broschürchen streift kurz die von unserm Verband geführten größeren Bewegungen und behandelt dann eingehend die im sozialdemokratischen Textilarbeiterverband übliche unsinnige und gewissenlose Streikattitüde und deren Erfolge der Misserfolge. Der zweite Teil befaßt sich mit der Krefelder Färberbewegung; deren Verlauf wie auch die Haltung unserer Verbandsleitung werden ausführlich dargelegt. Das Broschürchen gibt unsern Mitgliedern und allen in der christlichen Gewerkschaftsbewegung tätigen Kollegen und Kolleginnen ein ausgezeichnetes Material gegenüber den gegnerischen Angriffen in die Hand. Die erste Auflage der Broschüre ist bereits vergriffen. Eine zweite befindet sich schon im Druck. In dieser wird auch das blamable Ende der Färberstreiks im Wuppertal, in Basel, Zürich und Krefeld dargestellt. Diese erweiterte Neuauflage bedingt eine kleine Preiserhöhung. Das Broschürchen ist statt wie bisher zu 5 Pfg. in Zukunft zu 10 Pfg. pro Stück von unserer Zentrale zu beziehen.

Anleitung zur Durchführung der Heimarbeitreform. Preis 10 Pfg. Die Mitwirkung von Frauen und Männern aus allen Ständen, namentlich aber aus den Kreisen der christlich-national organisierten Arbeiter-schaft, zur Durchführung der Heimarbeitreform ist dringend notwendig. Die vorliegende Schrift gibt in knapper Form sehr gute Anregungen dazu. Zu beziehen von der Zentrale zur Förderung der Heimarbeitreform Berlin, Kollendorfstraße.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Das sozialdemokratische Verbrechen an der Krefelder Arbeiter-schaft. — Die Aussperrung in der Hochholter Textilindustrie. — Hirsch-Duncker'sche Kampfweise. — Die Volksoberprüfung. — Ferrikleton: Mein Vaterland. — Allgemeine Rundschau: Friedrich Kraus +. — Die bevorstehenden Krankentassenwahlen. — Die Gemeinnützigkeit der deutschen Volksversicherung A.-G. — Eine freche Beschimpfung. — Das Los der alten Lohnarbeiter. — Ausdehnung des Jugendschutzes bis zum 18. Lebensjahre. — Eine saubere Moral. — Wo sitzen die Streikbrecher. — Der Kratesh im Lager der Wirtschaftsfriedlichen. — Der Lohnkampf in den Emmericher Margarinefabriken. — Aus unserer Industrie: Zur Lage der deutschen Baumwollindustrie. — Aus dem Verbandsgebiete: Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten. Simbach. Erfolgreicher Streik des „deutschen“ Verbandes. — Aus unseren Bezirken: Textilindustrie und Gewerbeaufsichtsamts in Baden. — Berichte aus den Ortsgruppen: Burbach. — Chemnitz. — Cottbus. — Eupen. — Grefrath. — Kaldenkirchen. — Landeshut. — Reichenbach. — Schöllbrunn. — Volkswirtschaftliches und Soziales: Ständige Zunahme der Frauennarbeit. — Versammlungskalender. — Literarisches.

Mitglieder, agitiert für den Verband!